



Deutsche
Stiftung
Friedensforschung
german foundation for peace research

JAHRESBERICHT 2024

4	VORWORT
5	VORSTELLUNG
5	Über die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
6	2024 AUF EINEN BLICK
8	FÖRDERUNG
8	Förderangebote
9	Geförderte Projekte im Jahr 2024
9	Förderbereich 1: Forschungsprojekte
26	Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer
46	Förderbereich 3: Thematische Förderlinie
49	Strategietagung Historische Friedens- und Konfliktforschung
51	PUBLIKATIONEN 2024
51	Publikationen aus geförderten Forschungsprojekten
52	Tagungsberichte
53	ORGANE & GREMIEN
54	Der Stiftungsrat
54	Der Vorstand
55	Der Wissenschaftliche Beirat
56	FINANZEN UND VERWALTUNG
56	Das Vermögen
57	Die Bilanz
58	Die Ertragslage
59	Bestätigungsvermerk
60	Die Geschäftsstelle
61	Die Ludwig Quidde-Stiftung

In einer Welt, die von tiefgreifenden Umbrüchen, Konflikten und sich wandelnden sicherheitspolitischen Herausforderungen geprägt ist, gewinnt die Friedens- und Konfliktforschung zunehmend an Bedeutung. Sie hilft, komplexe Entwicklungen zu verstehen, Konfliktodynamiken einzuordnen und belastbare Orientierungen für Politik und Gesellschaft zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund freut es uns besonders, dass der Deutsche Bundestag beschlossen hat, die Deutsche Stiftung Friedensforschung in den Jahren 2024 bis 2029 jährlich mit Zustiftungen in Höhe von jeweils zwei Millionen Euro zu stärken. Diese verlässliche und substanzielle Unterstützung ermöglicht es der Stiftung, ihre Fördertätigkeit dauerhaft auf hohem Niveau fortzuführen und die Weiterentwicklung des Forschungsfeldes nachhaltig zu begleiten.

Der Jahresbericht 2024 zeigt auf, wie die DSF zu dieser Wissensbasis beiträgt. Er gibt Einblicke in die Arbeit der Stiftung und stellt Projekte vor, die im vergangenen Jahr gefördert wurden. Insgesamt nahm die DSF 2024 24 neue, vielversprechende Vorhaben in die Förderung auf und stellte dafür rund 710 Tsd. Euro bereit. Davon entfielen 389 Tsd. Euro auf die thematisch offene Forschungsförderung, 60 Tsd. Euro auf die thematische Förderlinie und 261 Tsd. Euro auf Projekte zur Vernetzung und zum Wissenstransfer.

Mit der thematischen Ausschreibung „Reaktionen auf die Klimakrise: Folgen für Frieden und Sicherheit“ setzte die DSF einen gezielten Impuls zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung an der Schnittstelle zur Klima- und Nachhaltigkeitsforschung. Gefördert werden inter- und transdisziplinäre Forschungsarbeiten, die sich mit den Auswirkungen von Strategien und Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise auf Frieden und Sicherheit befassen.

Wir danken allen Unterstützerinnen und Unterstützern, die die Arbeit der Stiftung ermöglichen – insbesondere den vielen ehrenamtlich tätigen Gutachterinnen und Gutachtern, deren Expertise für die Auswahl förderungswürdiger Projekte unverzichtbar ist. Wir freuen uns über Ihr Interesse am Jahresbericht 2024 und wünschen eine anregende Lektüre.



Prof. Dr. Ulrich Schneckener

*Vorsitzender des Vorstands der DSF und
Center for the Study of Conflict and Peace
(CeCoP) der Universität Osnabrück*

Über die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)

Die DSF wurde im Oktober 2000 durch den Bund als Einrichtung der Forschungsförderung für die Friedens- und Konfliktforschung gegründet. Ihren Sitz hat die gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts in der Friedensstadt Osnabrück. Der satzungsmäßige Zweck besteht darin „die Friedensforschung in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Relevanz in Deutschland nachhaltig zu stärken und ihre politische sowie finanzielle Unabhängigkeit zu unterstützen“.

und Wissenschaftler sowie die Stärkung der Interdisziplinarität und Diversität. Mit fachwissenschaftlichen und öffentlichen Tagungen setzt die DSF zudem eigene Impulse zu aktuellen Themenstellungen der Friedens- und Konfliktforschung. Im Bereich des Wissenstransfers fördert sie den Austausch zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik.

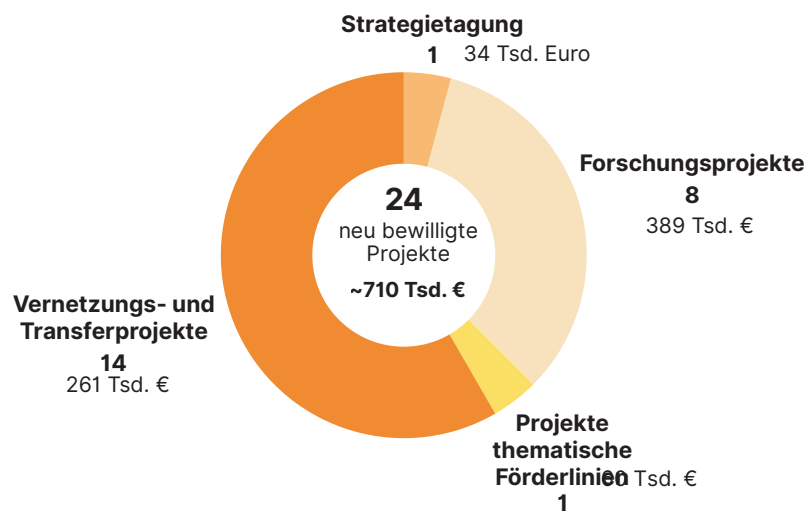
Die DSF fördert wissenschaftliche Projekte, die sich mit Themen der Friedens- und Konfliktforschung auseinandersetzen. Sie führt jedoch keine eigenen wissenschaftlichen Untersuchungen durch. Ihre Förderangebote in den Bereichen Forschung, Vernetzung und Transfer sind auf eine aktive Weiterentwicklung des Forschungsfeldes ausgerichtet. Hierzu zählt auch die Unterstützung junger Wissenschaftlerinnen



Die DSF im Überblick

2024 auf einen Blick

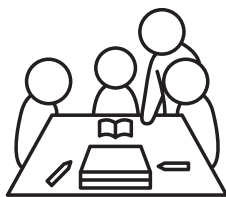
Übersicht Projektförderung



➤ Insgesamt sind **28 Anträge** eingegangen mit einem Gesamtvolumen von circa **1,74 Mio. Euro**

➤ **35** Projekte aus vorherigen Antragsterminen laufen in 2024 weiter

Publikationen und Kommunikation



Tagungsberichte

9



Publikationen aus
geförderten Projekten

24



Newsletter

5

// Zustiftung



Die DSF erhält von 2024–2029 jährlich 2 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt

↪ stellt die Fördertätigkeit auf hohem Niveau sicher

// Die DSF verlässt die Plattform X



Die DSF verlässt X, da die Plattform nicht mehr zu den Werten der Stiftung passt

↪ Auf LinkedIn, Bluesky und Instagram ist die DSF weiterhin vertreten

// Neue thematische Förderlinie

„Reaktionen auf die Klimakrise: Folgen für Frieden und Sicherheit“

Die thematische Förderlinie hat das Ziel, eine kritische Auseinandersetzung mit den Strategien und Konzepten zur Bewältigung der Klimakrise anzustoßen.

Dabei sollen nicht nur die Konflikt- und Gewaltrisiken, sondern auch die Chancen für friedliche Konfliktlösungen untersucht werden.

// Strategietagung

„Wer hat Angst vor Normativität? 40 Jahre Historische Friedens- und Konfliktforschung“

Die Konferenz in Köln vom 21.–22.11.2024 zielte anlässlich des 40-jährigen AKHF-Bestehens darauf ab, die Rolle von Normativität in der Historischen Friedens- und Konfliktforschung anzustoßen. Im Mittelpunkt standen Fragen danach, wie Friedensbegriffe, Methoden und normative Leitvorstellungen die Forschung prägen und welche Impulse sie für heutige Konflikte bieten können.

2024 auf einen Blick

Förderangebote

Grundlage für die Förderleistungen der Stiftung ist das Förderkonzept¹ aus dem Jahr 2021. Hierin beschreibt die Stiftung ihr Selbstverständnis als Impulsgeberin für das Forschungsfeld der Friedens- und Konfliktforschung. Darüber hinaus benennt sie unter den Leitbegriffen „Forschungsinnovation, Netzwerkbildung, Wissenstransfer“ die Ziele, die sie mit Ihrer Forschungsförderung erreichen will. Das Förderkonzept der Stiftung unterscheidet drei verschiedene Förderbereiche:

- **FÖRDERBEREICH 1: FORSCHUNGSPROJEKTE**
Profilprojekte und Pilotprojekte
- **FÖRDERBEREICH 2: VERNETZUNG UND WISSENSTRANSFER**
Forschungsnetzwerke, Internationale Fachtagungen, Vernetzungsprojekte und Projekte des Wissenstransfers
- **FÖRDERBEREICH 3: THEMATISCHE FÖRDERLINIE**
Individuelle Auswahl an Förderformaten zu ausgewählten Themen

In den Förderbereichen 1 und 2 bietet die DSF eine **thematisch offene Forschungsförderung** an, die Antragstellungen zu innovativen Forschungsvorhaben aus verschiedenen Fachdisziplinen und Forschungsfeldern ermöglicht.

Im Förderbereich 3 setzt die Stiftung einen **thematisch abgegrenzten Förderschwerpunkt**, um neue Themenfelder für die Friedens- und Konfliktforschung zu erschließen oder bestehende Forschungsstränge weiterzuentwickeln.

Aktuelles Förderkonzept (2021)		
		
1 Forschungsprojekte	2 Vernetzung & Wissenstransfer	3 Thematische Förderlinie
Profilprojekt  150.000 Euro (max.)	Forschungsnetzwerk  25.000 Euro (max.)	Kooperationsprojekt  250.000 Euro (max.)
Pilotprojekt  50.000 Euro (max.)	Internationale Fachtagung  20.000 Euro (max.)	Profilprojekt  150.000 Euro (max.)
	Vernetzungsprojekt  10.000 Euro (max.)	Pilotprojekt  50.000 Euro (max.)
	Transferprojekt  10.000 Euro (max.)	Forschungsnetzwerk  25.000 Euro (max.)
		Internationale Fachtagung  20.000 Euro (max.)

Übersicht Förderkonzept

¹ Der Gesamttext des Förderkonzeptes ist auf der Homepage einsehbar – auch in englischer Sprache.

Geförderte Projekte im Jahr 2024

Die Förderleistungen der Stiftung beliefen sich 2024 auf eine Gesamtsumme von 710 Tsd. Euro.

Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung der Fördermittel auf die Förderbereiche:

FÖRDERBEREICHE	BEWILLIGUNG
Förderbereich 1: Forschungsprojekte (inklusive Zusatzprojekte)	389 Tsd. Euro
Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer	227 Tsd. Euro
Förderbereich 3: Thematische Förderlinie	60 Tsd. Euro
Strategische Vernetzung und Transfer	34 Tsd. Euro

Tabelle 1: Verteilung nach Förderbereichen

Förderbereich 1: Forschungsprojekte

Im Jahresbericht 2024 sind alle Anträge auf Förderung von Pilot- und Profilprojekten erfasst, die zu den festen Terminen im November 2023 und Mai 2024 eingereicht wurden.

Insgesamt lagen der Stiftung Förderanträge mit einem Gesamtvolumen von fast 1,5 Millionen Euro zur Entscheidung vor, darunter 5 Pilotprojekte und 8 Profilprojekte. Hiervon nahm die DSF vier Pilotprojekte und ein Profilprojekt in die Förderung auf.

Zusätzlich förderte die Stiftung drei Zusatzprojekte. Dies sind zusätzliche Förderangebote, die bereits in die Förderung aufgenommene Profilprojekte um eine Komponente erweitern. Ziel ist, z.B. die wissenschaftliche Sichtbarkeit und interdisziplinäre Anschlussfähigkeit sowie den Wissenstransfer in verschiedene Praxisfelder

zu stärken. Mit dieser Zielsetzung können die Projektnehmer*innen im Förderzeitraum eine Nachbewilligung von Fördermitteln für

- Tagungen
- wissenschaftliche Kooperationen
- Aktivitäten im Bereich des Wissenstransfers

beantragen. Für solche Erweiterungen des Projektrahmens stellt die DSF zusätzliche Mittel in einer Höhe von bis zu 15 Tsd. Euro zur Verfügung. Voraussetzung ist eine unmittelbare Einbindung der erweiternden Projektbausteine in den Forschungs- und Transferprozess des geförderten Profilprojektes.

PILOTPROJEKTE

Konstruktionen von Nachkriegszeiten im 17. und 20./21. Jahrhundert

Prof. Dr. André Krischer, Jun.-Prof. Elisabeth Piller, Prof. Dr. Paulina Starski, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Taking Process-Tracing to Scenario-Building: 'Paths Projections' of Conflict (De-)Escalation

PD. Dr. Andreas Kruck, Maximilian-Ludwigs-Universität München

Internationaler Vergleich ökonomischer Präferenzen und Zahlungsbereitschaften für Sicherheit und Verteidigung

Prof. Dr. Lohse, Prof. Dr. Salmai Qari, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin

Wann führen Verschwörungstheorien zu Gewalt? Der Einfluss von Bedrohungserleben und Moralitätsvorstellungen

Dr. Lotte Pummerer, Universität Bremen

PROFILPROJEKT

Feministische Friedensforschung im deutschsprachigen Raum

Prof. Dr. Maria Hinterhuber und Christine Buchwald, Hochschule Rhein-Waal

ZUSATZPROJEKTE

MEMORIAS DIVERGENTES. Políticas y formas de la memoria colectiva contemporánea sobre el (tardo)franquismo desde una perspectiva de género y queer

Dr. Silke Hünecke, Technische Universität Chemnitz

SECURE – Scientific Education for Conscious Use of Research and Ethics

Dr. Gunnar Jeremias, Institution, Universität Hamburg, Carl Friedrich von Weizsäcker Zentrum für Naturwissenschaften und Friedensforschung (ZNF), Interdisziplinäre Forschungsgruppe für die Analyse biologischer Risiken

„The Use and Effects of (Individual) Sanctions“

Prof. Dr. Christian von Soest, German Institute for Global and Area Studies (GIGA)

Tabelle 2: Neue Forschungsprojekte in der offenen Förderung

Die folgenden Projektzusammenfassungen geben Einblicke in die Fragestellungen, Zielsetzungen und methodischen Herangehensweisen der neu geförderten Forschungsvorhaben:²

² Die Texte wurden von den Projektnehmer*innen der Stiftung verfasst und für die Veröffentlichung im Jahresbericht bereitgestellt.

Konstruktionen von Nachkriegszeiten im 17. und 20./21. Jahrhundert

Projektleitung

Prof. Dr. André Krischer,
Jun.-Prof. Elisabeth Piller und
Prof. Dr. Paulina Starski

Institution

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg,
Historisches Seminar und Institut für
Öffentliches Recht

Fördersumme

50 Tsd. Euro

Projektlaufzeit

Pilotprojekt, 12 Monate

In gegenwärtigen kriegesischen Konflikten insbesondere in der Ukraine und im Nahen Osten kommt Vorstellungen darüber, wie eine mögliche Nachkriegsordnung aussehen könnte und sollte, eine wesentliche Bedeutung dafür zu, wie die politischen und militärischen Akteure ihr Handeln und ihre Entscheidungen ausrichten und wie in der Öffentlichkeit Kriege wahrgenommen und diskutiert werden. Solche Entwürfe und Konstruktionen von Nachkriegszeiten spielen vor allem für die Frage eine zentrale Rolle, wie Kriege beendet werden können und ein Übergang vom Krieg zum Frieden erfolgen kann. Historische Erfahrungen über vergangene Nachkriegszeiten und die Art und Weise, wie diese erinnert und in politischen, öffentlichen und kulturellen, nicht zuletzt wissenschaftlichen Diskursen jeweils rekonstruiert und repräsentiert werden, kann hierbei von erheblicher Relevanz sein, da sie die Wahrnehmungen und Erwartungen darüber wesentlich mitprägen, wie eine zukünftige Nachkriegsordnung und damit auch der Übergang hin zu einer solchen aussehen könnten und sollten. Dies zeigen insbesondere diejenigen Debatten, die gegenwärtig in Deutschland, aber auch in anderen Ländern (nicht zuletzt Russland) über den Krieg in der Ukraine geführt werden.

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Nachkriegszeiten, zumal in einer größeren historischen Perspektive, erscheint insofern von hoher Aktualität und Relevanz. Allerdings konzentrieren sich die historischen Forschungen zu Nachkriegszeiten bislang weitgehend auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts, vor allem auf die Nachkriegszeiten nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Dagegen fehlt es an einer systematischen Erforschung von Nachkriegszeiten vor dem 20. Jahrhundert und insbesondere in der Vormoderne. Die historische Pluralität der Möglichkeiten dessen, wie Nachkriegszeiten ausgesehen haben und was als solche gelten kann, erscheint somit erheblich begrenzt und weitgehend auf das 20./21. Jahrhundert beschränkt. Den Fokus in einer epochenübergreifenden Weise zu erweitern und die Vielfalt von Nachkriegszeiten als distinktes historisches, gesellschaftliches und kulturelles Phänomen sichtbar und gleichzeitig auch zum Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchung zu machen, ist daher das wesentliche Anliegen, das mit dem Pilotprojekt „Konstruktionen von Nachkriegszeiten im 17. und 20./21. Jahrhundert“ verfolgt wird. Das Pilotprojekt verfolgt diese Zielstellung zum einen in interdisziplinärer Weise durch die Zusammenarbeit von Forscher*innen aus der Geschichts- und der Rechtswissenschaft, zum anderen in einer epochenübergreifenden Perspektive, indem Kriege des 17. und 20./21. Jahrhunderts, vor allem der Dreißigjährige Krieg und der 2. Weltkrieg und ihre jeweiligen Nachkriegszeiten, in historisch-vergleichender Weise untersucht werden.

Im Zentrum des Projekts steht die Frage, in welcher Weise in bestimmten historischen Kontexten der Vormoderne bzw. der Frühen Neuzeit sowie der Zeitgeschichte bis hin in die Gegenwart Nachkriegszeiten als ein eigener, von der Dichotomie Krieg und Frieden zu unterscheidender Zeitraum konstruiert und wie diese jeweils verstanden, beschrieben und dargestellt wurden.

Unser besonderes Interesse gilt dabei der Art und Weise, wie in Kriegszeiten zukünftige Nachkriegszeiten respektive Nachkriegszeitenzenarien entworfen wurden, sowie der Frage, wie solche, oftmals sehr divergenten Nachkriegsvorstellungen und -entwürfe das Denken und Handeln im Krieg prägten und mitbestimmten – sei es bei den politischen und militärischen Akteuren, sei es bei der Zivilbevölkerung – und in welcher Weise diese dazu beitrugen, Kriege zu beenden, zu verlängern oder in eine bestimmte Richtung zu lenken. Hierbei soll auch untersucht werden, welche Relevanz in diesem Zusammenhang Erfahrungen mit und Erinnerungen an vergangene Nachkriegszeiten und deren diskursive Rekonstruktionen hatten. Darüber hinaus gehen wir der Frage nach, welche Bedeutung der rechtlichen und speziell der völkerrechtlichen Dimension für solche Konstruktionen von Nachkriegszeiten zukommt und seit wann das Völkerrecht hierbei überhaupt eine Rolle spielte. Auch wenn im Projekt Nachkriegszeiten primär als zukünftige Erwartungshorizonte adressiert werden, so wollen wir auch danach fragen, inwieweit und mit welchen Konsequenzen die mit Nachkriegs-

zeiten verbundenen Erwartungen und Hoffnungen nach dem Kriegsende für wen erfüllt oder enttäuscht wurden und welche Konflikte sich aus möglichen Inkongruenzen von Erwartungen und Erfahrungen bezüglich Nachkriegszeiten und -ordnungen ergaben. Ein Schwerpunkt der im Pilotprojekt durchgeführten empirischen Forschungen wird dabei auf dem Dreißigjährigen Krieg und dem Westfälischen Friedenskongress von 1644–1648 liegen, da diesem eine paradigmatische Bedeutung dafür zukam, wie seit dem 17. Jahrhundert versucht wurde, Kriege mithilfe diplomatischer und (völker)rechtlicher Mittel zu beenden und den Übergang zu einem Frieden zu ermöglichen und zu gestalten.



Friedens-Freude. Krieges-Leid (1649)

Taking Process-Tracing to Scenario-Building: 'Paths Projections' of Conflict (De-)Escalation

Projektleitung

Prof. Dr. Andreas Kruck

Institution

Ludwig-Maximilians-Universität München,
Geschwister-Scholl-Institut für
Politikwissenschaft

Fördersumme

50 Tsd. Euro

Projektlaufzeit

Pilotprojekt, 12 Monate

Wie können Process Tracing-Methoden genutzt werden, um die Szenarienbildung in der Friedens- und Konfliktforschung voranzubringen? Wie können „paths projections“ erstellt werden? Wie nützlich ist diese neue Methodik für die Analyse einer Schlüsselfrage der gegenwärtigen Friedens- und Konfliktforschung, nämlich ob und wie Konflikte zwischen den USA und China in der Zukunft eskalieren könnten und wie Eskalationsdynamiken verhindert werden können?

Mit der Beantwortung dieser Fragen begegnet das seit Oktober 2024 an der LMU München vom Projekt-PI, Andreas Kruck, zusammen mit den Mitarbeiter*innen Nadia El Ghali und Simon Weisser, verfolgte Projekt einer gestiegenen Nachfrage nach wissenschaftlicher Vorausschau, die prozessfokussierte Szenarien der (De-)Eskalation internationaler Konflikte liefert. Politische Entscheidungsträger*innen und eine breitere Öffentlichkeit suchen zunehmend nach Expertise für die Analyse zukünftiger Konflikt-dynamiken. Die methodischen Mittel der Friedens- und Konfliktforschung, eine solche qualitative, prozesszentrierte Vorausschau zu liefern, sind jedoch begrenzt. Im Gegensatz zu florierenden quantitativen Prognosen („forecasting“-Ansätze) haben qualitative Verfahren der Vorausschau („foresight“) weniger Aufmerksamkeit erhalten. Zwar gab es große Fortschritte bei qualitativen

Fallstudienmethodiken, doch wurden diese bisher nur für die Untersuchung von in der Vergangenheit liegenden Prozessen eingesetzt. Das Pilotprojekt möchte qualitative „foresight“-Ansätze in der Friedens- und Konfliktforschung voranbringen, indem es sozialwissenschaftliche Process Tracing-Methoden für die Erstellung von Szenarien der Konflikteskalation nutzt. Ziel des Projekts ist die Entwicklung und Erprobung einer „paths projections“-Methodik für die Friedens- und Konfliktforschung. Die Pilotprojektergebnisse sollen in Zeitschriftenartikeln veröffentlicht werden und als Grundlage für einen breiter angelegten, mehrjährigen Projektförderantrag dienen.

In den ersten Fördermonaten (Oktober-Dezember 2024) rekonstruierte Andreas Kruck, zusammen mit Nadia El Ghali und Simon Weisser, zunächst Kriterien für gute qualitative Vorausschau. Das Team entwickelte Prinzipien, Verfahren und praktische Leitlinien für die Erstellung von „paths projections“, die Process Tracing-Methoden mit Ansätzen der Szenarienbildung kombinieren. In einem zweiten Schritt wird das Projekt in 2025 den analytischen Nutzen dieses Ansatzes erproben. Dazu werden Szenarien erstellt, wann und wie es in Zukunft zu einer Eskalation von Machtrivalitäten zwischen den USA und China kommen könnte – und wie Eskalationsdynamiken verhindert werden könnten. Das Projekt konzentriert sich dabei auf zwei große Themenfelder und bezieht auch die Rolle der EU und der europäischen Staaten in zukünftigen (De-)Eskalationsprozessen ein. Zum einen geht es um einen möglichen gewaltsamen Konflikt um Taiwan – hierzu werden Szenarien entwickelt, wann und wie die USA und China dem Ausbruch organisierter physischer Gewalt in der Taiwan-Frage nahekommen könnten. Zum anderen wird eine vorausschauende Analyse des Konflikts um kritische digitale Infrastrukturen vorgenommen. Zu diesem Zweck wird das Projektteam Szenarien konstruieren, wann und

wie die transnationale Governance digitaler kritischer Infrastrukturen so versicherheitlicht wird, dass kooperative Regulierung und Governance verhindert werden.

Das Projekt leistet somit mehrere Beiträge: Erstens entwickelt es einen innovativen methodischen Analyserahmen für die vorausschauende Untersuchung von Konflikteskalationsprozessen, mithin einen zur Methodenentwicklung im Bereich „foresight“. Zweitens wird das Projekt methodisch und theoretisch fundierte und zugleich politikrelevante Szenarien zu einem Schlüsselthema der Friedens- und Konfliktforschung liefern: die künftige Entwicklung von Konflikteskalationsdynamiken in traditionellen und neuen Feldern amerikanisch-chinesischer Machtrivalität. Drittens ist ein Workshop zu „Foresight on US-China-EU Power Rivalries“, integraler Bestandteil des Projekts. Der im Frühsommer 2025 stattfindende Workshop wird Expert*innen zu „Foresight“ und zu Machtrivalitäten zwischen den USA, China und der EU aus der Wissenschaft, der Politikberatung und der politischen sowie der wirtschaftlichen Praxis zusammenbringen. In verschiedenen Formaten sollen unterschiedliche methodische Herangehensweisen vorgestellt und diskutiert werden. Damit wird der Workshop zur Weiterentwicklung der „paths projections“-Methodik beitragen und die Praxisrelevanz des Vorhabens sicherstellen. Weitere Informationen zum Projekt finden sich auf der Projekt-Homepage (<https://sites.google.com/view/paths-projections/>).



Internationaler Vergleich ökonomischer Präferenzen und Zahlungsbereitschaften für Sicherheit und Verteidigung

Projektleitung

Prof. Dr. Lohse und
Prof. Dr. Salmai Qari

Institution

Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR)
Berlin, Fachbereich Wirtschafts-
wissenschaften

Fördersumme

49,548 Tsd. Euro

Projektlaufzeit

Pilotprojekt, 12 Monate

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert eine Zäsur in der europäischen Geschichte: Er beendet eine lange Phase relativer Stabilität und wirft den Kontinent in einen seiner größten Konflikte seit Jahrzehnten. Angesichts der plötzlichen militärischen Bedrohung rücken Sicherheit und Verteidigung an die Spitze der politischen Agenda, und zahlreiche europäische Staaten priorisieren ihre Verteidigungsausgaben gegenüber anderen Staatsausgaben. Dieses Projekt widmet sich einer Fragestellung, die im politischen Diskurs bislang kaum adressiert wurde: Welchen Wert misst eine Gesellschaft erhöhten Aufwendungen für Verteidigung als einer Option der Sicherheitspolitik bei?

Die Beantwortung dieser Leitfrage ist sowohl von theoretisch-methodischem als auch von politisch-praktischem Interesse, kann doch somit bestimmt werden, in welchem Umfang die Bevölkerung neue und zusätzliche Maßnahmen zur Steigerung von Sicherheit und Verteidigungsbereitschaft bereit ist zu finanzieren. Thematisch ist das Projekt im Spannungsfeld zwischen Sicherheitspolitik und dem ökonomischen Ausgabenproblem im Sinne des klassischen „Guns vs. Butter“-Dilemmas zu verorten. Um der europäischen Dimension der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zeitenwende Rechnung zu tragen, wird die Frage für die

Länder des Weimarer Dreiecks — Deutschland, Frankreich und Polen — beantwortet. In allen drei Ländern ist die Thematik aktuell. Sie teilen als zentrale Ost-West-Achse der Europäischen Union die Nähe zum Ukrainekrieg, unterscheiden sich jedoch durch den geografischen Gradienten zum Konflikt in der Ukraine und mithin ihrer gesellschaftlichen und verteidigungspolitischen Reaktion.

Das Pilotprojekt untersucht die Leitfrage empirisch mithilfe repräsentativ durchgeführter Umfrageexperimente in den drei Ländern. Es werden dabei ökonomische Präferenzen und Zahlungsbereitschaften für verschiedene verteidigungs- und sicherheitspolitische Maßnahmen ermittelt und verglichen. Dazu kommen Discrete Choice Experimente (DCE) und Best-Worst-Scalings (BWS) zur Anwendung. Durch die Abfrage sicherheitspolitischer Einstellungen sowie die Anwendung experimenteller Informationstreatments konkretisiert das Vorhaben die Leitfrage und adressiert eine Reihe von relevanten Forschungsfragen, die sich im Zuge der veränderten Sicherheitslage in Europa ergeben: Welche Maßnahmen(-pakete) zur Steigerung der Verteidigungsfähigkeit werden bevorzugt? Wie hoch sind die individuellen sowie die aggregierten Zahlungsbereitschaften in jedem Land und inwiefern variieren diese über sozioökonomische Gruppen oder entlang des politischen Spektrums? Welche Bedeutung haben die Zahlungsbereitschaften in verschiedenen europäischen Ländern für die verteidigungspolitische Integration Europas, und unterscheiden sich die Präferenzen dafür von denen in anderen Dimensionen der europäischen Integration?

Das Projekt setzt sich sowohl mit den Auswirkungen des Krieges als auch mit den gesellschaftlichen Vorstellungen bezüglich der künftigen europäischen Sicherheitsordnung auseinander, welche Diskussionsgegenstand der aktuellen Friedens- und Konfliktforschung sowie der Geo-

ökonomik sind. Die Ergebnisse der Studie hinsichtlich der Akzeptanz von verteidigungs- und sicherheitspolitischen Maßnahmen sowie der damit verbundenen finanziellen Belastungen und Priorisierungen des Staatsbudgets können den öffentlichen Diskurs in den Ländern des Weimarer Dreiecks bereichern und den politisch Verantwortlichen eine Entscheidungshilfe sein.

Wann führen Verschwörungstheorien zu Gewalt? Der Einfluss von Bedrohungserleben und Moralitäts- vorstellungen

Projektleitung
Dr. Lotte Pummerer
Institution
Universität Bremen
Fördersumme
50 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 12 Monate

Beispiele wie die Attentate in Christchurch und Buffalo, Angriffe auf Journalist*innen im Zuge der COVID-19 Proteste und Ausschreitungen beim sogenannten „Marsch auf das Kapitol“ zeigen, dass der Glaube an Verschwörungstheorien mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft einhergehen kann. Der Glaube an Verschwörungstheorien ist jedoch weiterverbreitet als die Akzeptanz (geschweige denn Ausübung) von Gewalt. Dies legt nahe, dass es situative und individuelle Faktoren gibt, die einen Einfluss darauf haben, ob und wann Verschwörungstheorien zu Gewaltbereitschaft (d.h. der Bereitschaft, anderen psychischen oder physischen Schaden zuzufügen) führen. Diese Faktoren sind bisher unzureichend erforscht. Das Pilotprojekt untersucht deshalb die Frage, wann und warum der Glaube an Verschwörungstheorien zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft führt. Im Fokus stehen zwei zentrale Faktoren: das Bedrohungserleben und die individuellen Moralitätsvorstellungen.

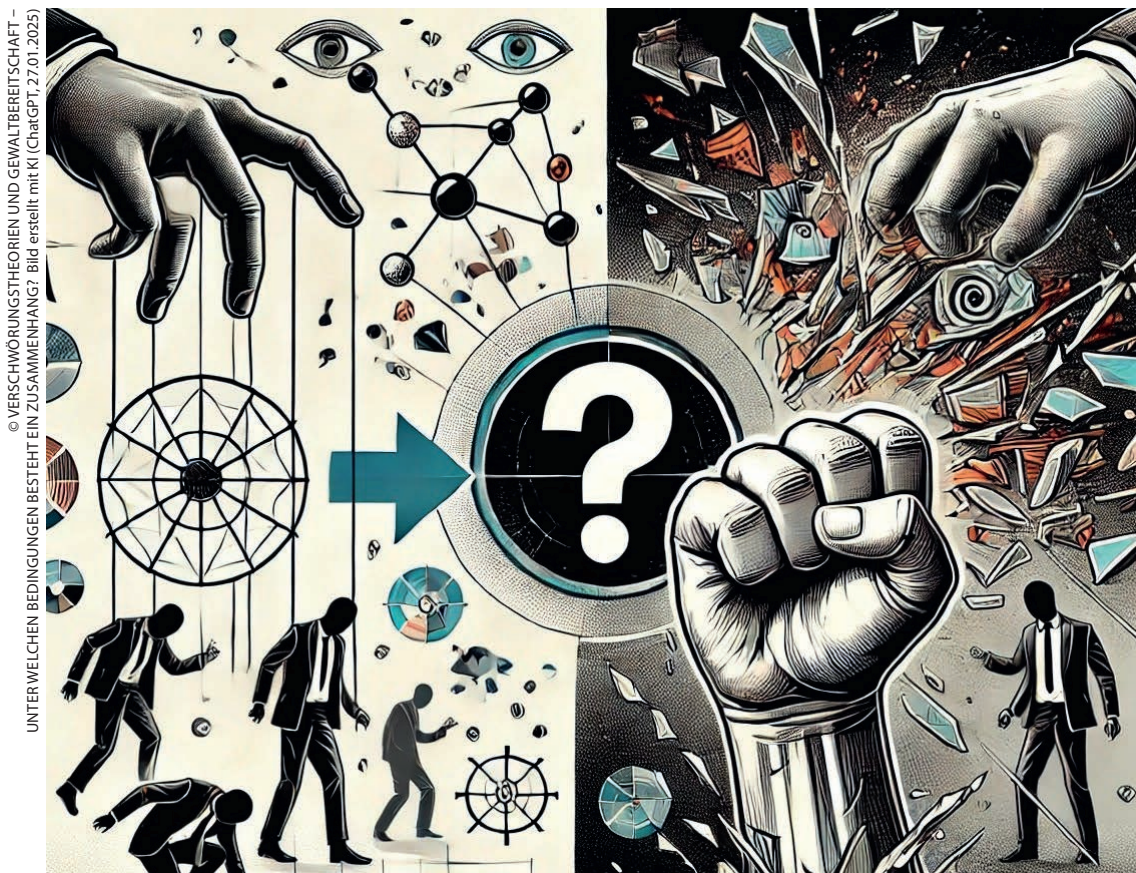
Die Wahrnehmung, dass das physische, materielle oder wirtschaftliche Wohlergehen (realistische Bedrohung), oder die Werte, Normen und Weltanschauungen (symbolische Bedrohung) von einem Selbst oder der eigenen Gruppe in Gefahr sind, ist ein typischer Auslöser für Konflikte und Gewalt. Verschwörungstheorien postulieren, dass sich mächtige Individuen oder

Gruppen im Verborgenen absprechen zum Schaden von anderen. Dies kann auch eine Gefahr, und damit eine realistische oder symbolische Bedrohung bedeuten für diejenigen, die an eine Verschwörungstheorie glauben. Verschwörungstheorien unterscheiden sich jedoch in der postulierten Bedrohung. Manche unterstellten bösen Absichten können vereitelt werden oder haben wenig bis gar keine Konsequenzen für das alltägliche Leben – man denke z.B. an die Theorie, dass Princess Diana vom britischen Geheimdienst entführt wurde, was für deutsche Bürger*innen recht wenig Implikationen haben sollte. In dem Projekt untersuchen wir durch Umfragen und Experimente, in welchem Ausmaß die in einer Verschwörungstheorie postulierte Bedrohung zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft beiträgt.

Weiterhin untersuchen wir den Einfluss von Moralitätsvorstellungen. Einige Moralitätsvorstellungen beinhalten Verhaltensregeln, ob und in welchen Fällen Gewalt angewendet werden darf. Diese könnten dann auch einen Einfluss auf die Gewaltbereitschaft haben, jeweils abhängig oder unabhängig von der postulierten Bedrohung. Im Projekt untersuchen wir den Einfluss von verschiedenen Moralitätsvorstellungen, die Gewalt legitimieren könnten.

Das Projekt wird unter Einbeziehung von Erkenntnissen aus der Psychologie, Kommunikationswissenschaft und Philosophie durchgeführt. Es soll kurz- als auch langfristig zur Prävention von Konflikten und zur Friedensförderung beitragen. Eine Zusammenstellung dieser Art hat das Potenzial, präzisere Vorhersagen über gewaltbereite Gruppen auch in Bezug auf zukünftige Verschwörungstheorien zu ermöglichen und dadurch bessere Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Auch die Erkenntnisse

über die Zusammenhänge mit Moralitätsvorstellungen können in zukünftigen Projekten nutzbar gemacht werden. Die Erkenntnisse des Projekts sollen sowohl in wissenschaftlichen Publikationen als auch über Social Media der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.



Feministische Friedensforschung im deutschsprachigen Raum – eine Synthesestudie mit Handlungsempfehlungen für Forschung und Hochschullehre

Projektleitung

Prof. Dr. Maria Hinterhuber und
Christine Buchwald

Institution

Hochschule Rhein-Waal

Fördersumme

149,815 Tsd. Euro

Projektlaufzeit

Profilprojekt, 18 Monate

Feministische Außenpolitik, die UN-Agenda „Frauen, Frieden, Sicherheit“, geschlechtsbasierte Kriegsgewalt, Frauenrechte als Menschenrechte – die aktuellen politischen Herausforderungen unterstreichen die Relevanz des von der feministischen Friedens- und Konfliktforschung bearbeiteten Themenspektrums. Im wissenschaftlichen Mainstream besteht dennoch eine Marginalisierung der Themen fort, wie der Bericht des Wissenschaftsrats zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland (2019: 72) verdeutlicht.

Dessen ungeachtet hat die feministische Friedens- und Konfliktforschung im deutschsprachigen Raum in den vergangenen drei Jahrzehnten eine bemerkenswerte Entwicklung genommen. Den aktuellen Forschungsstand in Form einer Synthesestudie systematisch zu erheben und damit zu ihrer Stärkung beizutragen, ist das Ziel dieses Projektvorhabens. Mit Blick auf die vom Wissenschaftsrat (ebd.) geforderte Internationalisierung, Interdisziplinarität und Vernetzung zielt das Vorhaben auf Folgendes ab:

1. Der Stand der feministischen Friedensforschung im deutschsprachigen Raum wird systematisch erhoben und mit dem internationalen Forschungsstand abgeglichen.
2. Die Berücksichtigung von Forschung aus unterschiedlichen Fachrichtungen in der geplanten Synthesestudie macht die interdisziplinäre Ausrichtung der feministischen Friedensforschung deutlich.
3. Die Erhebung schafft eine Übersicht über zentrale Akteur*innen im deutschsprachigen Raum, trägt zu deren Vernetzung bei.
4. und festigt so deren Sichtbarkeit auch auf internationaler Ebene.

Durch die systematische Erhebung und den Abgleich mit dem internationalen Diskurs werden Spezifika im deutschsprachigen Raum deutlich, aber auch Leerstellen herausgearbeitet. Die Vorgehensweise des Systematic Review ermöglicht zudem, auch Themenfelder zu inkludieren, die ansonsten wenig Sichtbarkeit erfahren.

Ziel des Projektes ist es, neben Ableitungen für weitere Forschungen die Ergebnisse in begrenztem Rahmen in Form von Lehrmaterialien auch für die hochschulische Lehrpraxis zugänglich zu machen und so nachhaltig den Zugang zukünftiger wissenschaftlicher Generationen zum Themenfeld der feministischen Friedensforschung zu erleichtern.

MEMORIAS DIVERGENTES. Políticas y formas de la memoria colectiva contemporánea sobre el (tardo)franquismo desde una perspectiva de género y queer

Projektleitung

Dr. Silke Hünecke

Institution

Technische Universität Chemnitz,
Institut für Europäische Studien und
Geschichtswissenschaften

Fördersumme

14,986 Tsd. Euro

Projektformat

Zusatzprojekt, Internationale Tagung,
Barcelona, 27. bis 28. März 2025

Vom 27. bis 28. März 2025 findet die zweitägige internationale und interdisziplinäre Fachtagung mit dem Titel *Memorias Divergentes. Políticas y formas de la memoria colectiva contemporánea sobre el (tardo)franquismo desde una perspectiva de género y queer* (Gegenwärtige Formen des kollektiven Gedächtnisses in Bezug auf den (Spät-)Franquismus aus einer Gender- und Queerperspektive) in Barcelona statt. Im Anschluss wird eine gleichnamige Publikation mit Beiträgen der Referent:innen herausgegeben. Dabei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt zwischen dem Centre d'Estudis sobre Dictadures i Democràcies (CEDID) der Universitat Autònoma de Barcelona (UAB), dem zivilgesellschaftlichen Verein *Novembre Feminista – Ca la Dona Barcelona* und dem Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften (IESG) der Technischen Universität Chemnitz (TUC). Die Tagung findet am ersten Tag im Stadtzentrum Barcelonas im *Espai la Cui-na – Espai Francesca Bonnemaison* und am zweiten Tag an der Universitat Autònoma de Barcelona (UAB) statt und richtet sich an Expert*innen sowie an die interessierte Öffentlichkeit.

Gegenstand der Auseinandersetzung auf der Tagung ist die gegenwärtige Konstruktion des

kollektiven Gedächtnisses in Bezug auf die franquistische Diktatur (1939-1975/77) aus einer Gender- und Queerperspektive. Im Fall der franquistischen Diktatur geht es um die Aufarbeitung einer fast vierzig Jahre währenden systematischen Unterdrückung und staatlicher Gewalt (Verfolgung, Inhaftierung, Folter, Kinderraub, Hinrichtung und Verschwindenlassen). In diesem Jahr jährt sich der 50. Todestag des Diktators Franco († 20.11.1975), dennoch weist die Vergangenheitsaufarbeitung – auch ein halbes Jahrhundert nach Francos Tod – gravierende Leerstellen auf: Insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen der patriarchalen und heteronormativen Geschlechterkonstruktion des nationalkatholischen Regimes sowie der damit einhergehenden systematischen Unterdrückung, Diskriminierung und Ausgrenzung. Folglich waren die Lebensrealitäten von Frauen und queeren Menschen während des Franquismus durch Misogynie, Antifeminismus und Queermisia auf institutioneller, struktureller, gesellschaftlicher und individueller Ebene charakterisiert. Allerdings gab es auch vielfältigen Widerstand von Frauen und queeren Menschen, die durch unterschiedlichste Praktiken versuchten die gesellschaftlichen Bedingungen in Frage zu stellen und zu verändern. Schließlich leisteten die antifranquistischen Bewegungen der 1960/70er Jahre einen entscheidenden Beitrag zum Ende der Diktatur.

Auftakt zu der Konferenz bildet die Keynote *Soziale Erinnerungen und die Bedeutung einer Gender- und Queerperspektive* der renommierten argentinischen Soziologin für Erinnerungspolitik Elizabeth Jelin. In insgesamt vier Sektionen werden Expert*innen aus Deutschland, Spanien und England ihre aktuellen interdisziplinären Forschungen zu historischen, politischen, juristischen, pädagogischen und (pop-)kulturellen Erinnerungsformen zum Franquismus aus einer

Gender- und Queerperspektive präsentieren und diskutieren. In der Abschlussdiskussion mit einem international und interdisziplinär besetzten Podium wird die Konstruktion eines zukünftigen kollektiven Gedächtnisses des Franquismus mit einer queeren und geschlechtsspezifischen Perspektive angesichts des internationalen Aufstiegs der extremen Rechten debattiert werden. Durch die interdisziplinäre und internationale Zusammensetzung der Referent*innen werden innovative Impulse für Forschungsansätze hinsichtlich eines diverseren kollektiven Gedächtnisses erwartet. Im Rahmen der Tagung wird es zudem eine Graphic-Novel-Ausstellung zur franquistischen Repression gegen Frauen der Illustratorin Isabel Ruiz, eine Zeitzeug*innenveranstaltung mit ehemaligen antifranquistischen Aktivist*innen und Betroffenen der franquistischen Repression sowie eine erinnerungspolitische Stadtführung zum Thema Queeres Leben unter dem Franquismus durch Barcelona geben. Um die Erkenntnisse einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, wird es im Anschluss eine Konferenzpublikation geben.

Das Projektteam sieht die Fachtagung mit ihren vielfältigen Maßnahmen und der Publikation auch als einen Beitrag für die Anerkennung, Erinnerung und Gerechtigkeit für das von Frauen und queeren Menschen erlittene Leid während des Franquismus und ihrer Kämpfe an.

Weitere Informationen sind auf der Konferenzwebsite zu finden:

<https://blog.hrz.tu-chemnitz.de/memoriesdivergents/es/introduccion/>

SECURE – Scientific Education for Conscious Use of Research and Ethics

Projektleitung

Dr. Gunnar Jeremias

Institution

Universität Hamburg, Carl Friedrich von Weizsäcker Zentrum für Naturwissenschaften und Friedensforschung (ZNF)

Fördersumme

9,920 Tsd. Euro

Projektlaufzeit

Zusatzprojekt, Transferprojekt, 12 Monate

Seit Oktober 2023 arbeiten wir an dem Profilprojekt „Synthetische Biowaffen – Biosicherheitsbewertung der Konvergenz synthetischer Biologie mit neuen/innovativen Technologien“. Diese Studie bietet erstmalig einen systematischen Ansatz zur Untersuchung zukünftiger Biowaffenbedrohungen und bietet Einblicke in potenzielle neue biologische Bedrohungslagen.

Es zeigte sich, dass in den Augen der Expert:innen, die im Rahmen eines Delphi-Prozesses interviewt wurden, die größte Biobedrohung nicht in synthetischen oder konventionellen Biowaffen (BW) gesehen wird, sondern bereits im unwissentlichen, unverantwortlichen, oder gar missbräuchlichem Umgang mit Dual-Use Forschung. Dieser könnte dann im Extremfall zur Entwicklung von (synthetischen) BW missbraucht werden. Gleichzeitig waren sich die Mitwirkenden einig, dass für die BW-Proliferation, oder den missbräuchlichen Umgang mit Dual-Use-Forschung, der Wille der Bedrohungsakteure ausschlaggebender ist als Know-How und Ressourcen. Sofern diese entschlossen sind, können gesetzliche Bestimmungen unterlaufen und Forschung für destruktive Zwecke missbraucht werden. Wir konnten einen signifikant hohen Bedarf an einem strukturierten Bildungsangebot in diesem Bereich an deutschen Hochschulen feststellen. Sowohl die empirischen Daten aus den Expert:innen-Interviews als auch

aus dem Delphi-Prozess zeigen, dass Studierende, Forschende und wissenschaftliches Personal nicht adäquat auf die sicherheitsbezogenen Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Fortschritte vorbereitet sind. Um diese Lücke zu schließen und eine Brücke zwischen Theorie und Praxis zu schlagen, bedarf es einer Bildungsoffensive zur Bewusstseinsbildung für ethische und sicherheitspolitische Risiken.

Diese wiederkehrende Forderung nach Sensibilisierung zielt darauf ab, Wissenschaftler:innen dazu anzuregen, aktiv zu reflektieren, ob ihre Forschung unbewusst oder ungewollt mit Dual-Use Risiken behaftet ist. So können sie sicherstellen, dass ihre Arbeit keine potenziellen Missbrauchsfahren birgt oder zur Proliferation beiträgt. Zusätzlich verschärft wird die hohe Relevanz dieser Thematik durch die Pläne der EU-Kommission, die Förderung von Dual-Use-Projekten auszuweiten. Durch die Umkehr der Konnotation von Dual-Use von der Beschreibung eines Risikos zu etwas Wünschenswertem besteht die Gefahr, dass Forschende künftig sogar noch weniger mit Missbrauchspotenzialen ihrer Arbeit konfrontiert werden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit junge Wissenschaftler:innen bereits im Studium auf einen verantwortungsvollen Umgang mit solcher Forschung vorzubereiten.

Ziel des Projektes „SECURE“ sind die Entwicklung und strukturelle sowie deutschlandweite Etablierung von Hochschulkursen zur Sensibilisierung für Dual-Use-Problematiken in der Forschung. Diese sollen gemeinsam mit Studierenden entwickelt, bereits früh im Studium, verpflichtend etabliert werden und sich über den gesamten akademischen Bildungsweg erstrecken. Die Verankerung dieser Kurse erfolgt in den MINT-Fächern, da in diesen das Missbrauchsrisiko als besonders hoch erachtet wird. Dabei müssen die relevanten Stakeholder, insbesondere Präsidien, Dekanate und andere Gremien, durch gezielte Netzworkebildung und Inte-

gration in bestehende Strukturen einbezogen werden. Das Projekt fand bei der Referatsleiterin der Hochschulrektorenkonferenz für Forschung in Deutschland und Europa sowie in einem Side Event bei den Vereinten Nationen in Genf Anklang (siehe Abbildung 1).

In das Netzwerk sollen weitere relevante Institutionen über Workshops und Informationsveranstaltungen entsprechend eingegliedert werden. Hierzu zählen beispielsweise die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften, das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR), der Deutsche Ethikrat, die Kommissionen für Ethik in sicherheitsrelevanter Forschung (KEF), das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), sowie der Interministerielle Ausschuss für Wissenschaft und Forschung (IMC).

Umfassende anschauliche Informationsmaterialien sollen eine Wahrnehmung der gewonnenen

Erkenntnisse nicht nur in akademischen Kreisen, sondern auch in der breiten Gesellschaft gewährleisten. Hierzu werden Broschüren, Flyer, Poster, Plakate und digitale Inhalte in verschiedenen Formaten bereitgestellt, um unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen. Eine Homepage mit Videos und Präsentationen und letztlich Aufzeichnungen der etablierten Kurse soll bereitgestellt werden.

Um den interdisziplinären Dialog über die Relevanz der Forschungsergebnisse und den Wissenstransfer in verschiedene Praxisfelder zu fördern, ist eine strategische Verbreitung über Fachkonferenzen und Netzwerke von entscheidender Bedeutung. Diese Maßnahmen sollen gewährleisten, dass die wertvollen Erkenntnisse aus diesem und dem Vorläuferprojekt aktiv in die Praxis umgesetzt, in zukünftige Forschungsarbeiten integriert und in die politische Entscheidungsfindung einfließen werden.

© ANA BELÉN ROMERAL



Internationaler Workshop „The Use and Effects of (Individual) Sanctions“

Projektleitung

Prof. Dr. Christian von Soest

Institution

German Institute for Global and Area Studies (GIGA)

Fördersumme

15 Tsd. Euro

Projektformat

Zusatzprojekt, Internationaler Workshop
Berlin, 21. bis 22. November 2024

Am 21. und 22. November 2024 fand ein Workshop mit 19 Teilnehmenden aus den USA, Schweden, Australien und Deutschland statt. Veranstaltet wurde das Event vom German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Berlin (und online), unter der Leitung von Prof. Dr. Christian von Soest, gefördert wurde es von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF). Kerngedanke des Workshops war es, aktuelle Theorien und empirische Untersuchungen zu individuellen und sektoralen Sanktionen in einen Dialog zu bringen. In fünf Panels wurden 14 wissenschaftliche Paper präsentiert und dis-

kutiert. Die Panels behandelten Themen wie die Messung von Individualsanktionen, die Auswirkungen von Sanktionen auf Unternehmen, den Einfluss der öffentlichen Meinung auf die Nutzung von Zwangsmitteln, und Sanktionen gegen Verbündete.

GIGA Talk „Die Zukunft von Sanktionen nach den US-Wahlen“

Am Abend des 21. Novembers 2024 fand im Rahmen des Workshops ein GIGA Talk zur Zukunft der Sanktionen nach den US-Wahlen stand. Hochrangige Experten und Expertinnen, unter anderem aus dem Auswärtigen Amt, diskutierten die zunehmende Bedeutung von Sanktionen als außenpolitisches Instrument. Themen waren die transatlantische Zusammenarbeit, neue Trends im Sanktionsdesign sowie die internationale Legitimation solcher Maßnahmen.

Forschungsprojekt „Targeting: How the USA and EU Use Individual Sanctions“ (INSA)

Der Workshop war Teil des INSA-Forschungsprojekts, das seit Oktober 2023 am GIGA läuft

© VON SOEST



und von der DSF gefördert wird. Das Projekt analysiert systematisch die Sanktionsentscheidungen der USA und der EU. Die wichtigsten Forschungsfragen lauten: (1) Welche Personen und Organisationen werden als Sanktionsziele ausgewählt und „gelistet“? (2) Wie werden diese Personen und Organisationen identifiziert? Und (3) Warum werden bestimmte Personen und Organisationen als Sanktionsziele ausgewählt?

Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer

Im Förderbereich 2 bietet die DSF kleinere Förderformate an, mit denen sie gezielt Vorhaben zur Vernetzung in der Friedens- und Konfliktforschung sowie mit angrenzenden Forschungsgebieten unterstützt. Auch die internationale und interdisziplinäre Zusammenarbeit soll hierdurch gestärkt werden. Darüber hinaus stellt die DSF-Fördermittel für Projekte bereit, die Forschungsergebnisse für den Wissenstransfer in unterschiedliche Praxisfelder aufbereiten. Sie sollen für die Politikberatung, den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren oder auch für die öffentliche Information zugänglich gemacht werden. Hierunter fällt auch die Förderung des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens, das eine breite Aufmerksamkeit in Politik und Öffentlichkeit erhält.

Im Jahr 2024 erhielt die Stiftung 15 Anträge auf Projektförderung mit einem Volumen von 238 Tsd. Euro. Davon konnte die Stiftung 14 Vorhaben in die Förderung aufnehmen, die in der folgenden Tabelle aufgelistet sind.

VERNETZUNGSPROJEKTE

Bonn, 16. bis 18. September 2024

Violence, Elites, and the Potential for Peace in Colombia and Latin America

Dr. Christiane Fröhlich, GIGA, Hamburg, Prof. Dr. Ulrike Krause, FH Münster und Maarit Thiem, BICC

Freiburg, 16. bis 20. September 2024

Zukunft Frieden(spädagogik) – Friedenspädagogische Methoden in Zeiten innerdisziplinärer und gesellschaftlicher Transformation

Prof. Dr. Bernd Harbeck-Pingel, Prof. Dr. Melanie Hussak, Friedensinstitut Freiburg der Evangelischen Hochschule Freiburg

Berlin-Spandau, 13. bis 15. März 2024

Disziplinen der Friedens- und Konfliktforschung im Dialog: Synergien, Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit der naturwissenschaftlich-technischen Friedensforschung (55. AFK-Kolloquium)

Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)

Prof. Dr. Eva Maria Hinterhuber, Hochschule Rhein-Waal

Kleve, 07. bis 09. November 2024

Demokratie lehren und lernen

Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)

Prof. Dr. Eva Maria Hinterhuber, Hochschule Rhein-Waal

Münster, 22. bis 25. Mai 2024

Depoliticized Politics of the Anthropocene?! – Critical Perspectives on the Role of Urban Environmental Governance for Peace, Resilience and Social Equality

Prof. Dr. Paul Reuber, Universität Münster

TRANSFERPROJEKTE

Friedensgutachten 2024: "Welt ohne Kompass"

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Dr. Claudia Baumgart-Ochse, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M.

Förderung der Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung (ZeFKo), Neustrukturierung der Redaktion ab 2025

Dr. Simone Wisotzki, Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)

INTERNATIONALE FACHTAGUNGEN

Berlin, 01. bis 02. Oktober 2024

20th Annual Households in Conflict Network (HiCN) Workshop

Prof. Dr. Tilman Brück, International Security and Development Center, Berlin

Berlin, 14. bis 15. Februar 2025

Violence, Elites, and the Potential for Peace in Colombia and Latin America

Dr. Jan Boesten, Lateinamerika Institut der Freien Universität Berlin

Erfurt, 17. bis 20. Dezember 2024

Narratives of Belonging: Rethinking Peace for the 21st Century

Dr. Zeynep Gülşah Çapan, Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät

Berlin, 09. bis 11. Oktober 2024

Perzeptionen von Frieden/Perceptions of Peace – Communalities and Crosscutting Issues

Prof. Dr. Sabine Kurtenbach, German Institute for Global Area Studies (GIGA), Hamburg

Neubiberg, 17. bis 18. September 2024

Narratives of Violence as a political Tool

Prof. Dr. Timothy Williams, Universität der Bundeswehr München, Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften und Forschungszentrum RISK

FORSCHUNGSNETZWERK

Laufzeit 24 Monate

ComparE – Conceptual Approaches to and comparative analysis of courtroom data in the context of conflict and violence research

Dr. Nicole Bögelein, Universität zu Köln, Institut für Kriminologie, Dr. Kerstin Eppert, Dr. Anja Schmidt-Kleinert, Universität Bielefeld, Institute for Interdisciplinary Research on Conflict and Violence

Laufzeit 24 Monate

The Persistence of Evil: Analyzing Long-Term Transmissions of Justifications for Mass Violence

Prof. Dr. Juliane Prade-Weiss, Ludwig Maximilians Universität München, Institut für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft

Tabelle 3: Bewilligte Projekte im Förderbereich 2

Eine Auswahl dieser Projekte, die neue Forschungsthemen entwickeln, wissenschaftliche Kooperationen aufbauen und Ergebnisse einem breiteren Publikum zugänglich machen, werden im Folgenden etwas ausführlicher vorgestellt.

Tagung „Demokratie lehren und lernen“

Projektleitung

Prof. Dr. Eva Hinterhuber

Institution

Hochschule Rhein-Waal AFK

Fördersumme

9,936 Tsd. Euro

Projektformat

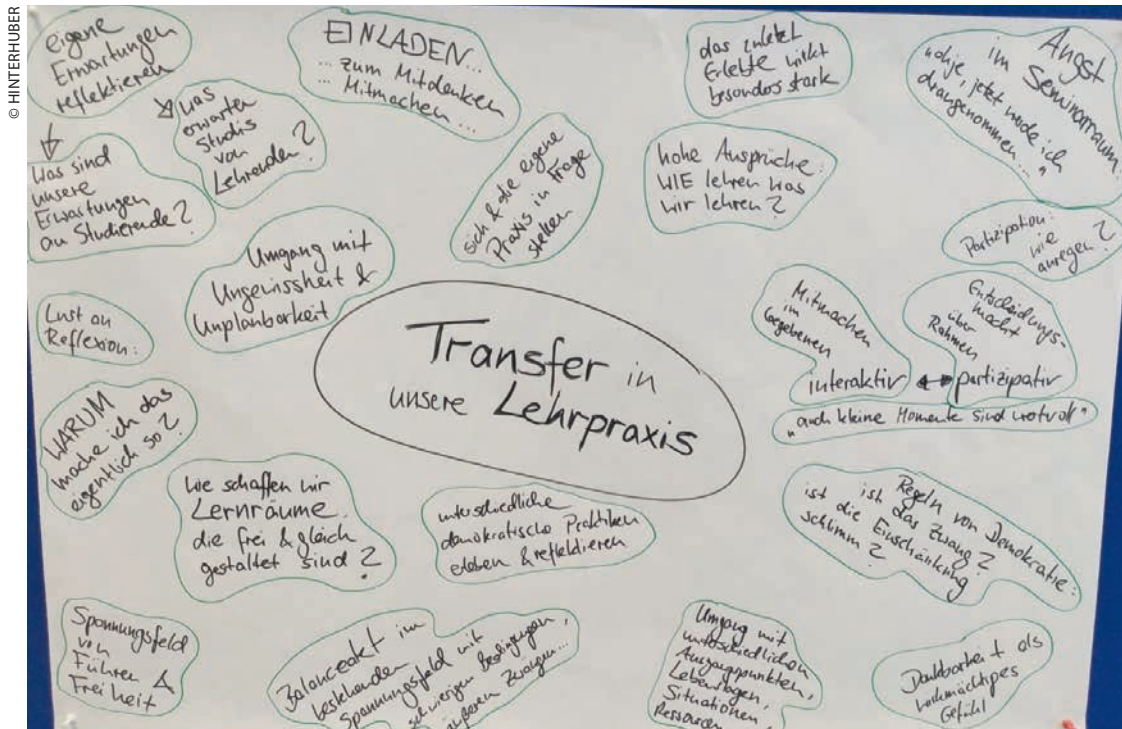
Vernetzungsprojekt,

07. bis 09. November 2024

Der Arbeitskreis Curriculum und Didaktik der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung lud vom 07. bis 09. November 2024 zur Jahrestagung an die Hochschule Rhein-Waal in Kleve ein. Das Tagungsthema „Demokratie lehren und lernen“ war den tiefgreifenden Veränderungen in Gesellschaft, Kultur, Politik und Wirtschaft der letzten Jahre geschuldet. Nicht nur in Europa, sondern weltweit ist ein Erstarken rechtspopulistischer und autoritärer Bewegungen zu beobachten. Diese instrumentalisieren die Auswirkungen von globalen

Krisen auf lokaler Ebene, um Demokratie(n) in ihren Grundfesten zu erschüttern. In Deutschland bleiben die Zustimmungswerte zu rechtspopulistischen Parteien hoch – auch nach dem Bekanntwerden von Plänen zur Deportation von Menschen mit internationaler Geschichte, nach Spionagevorwürfen oder der Einflussnahme durch autoritäre Regime auf Politiker*innen.

Der Zeitpunkt der Tagung hätte nicht treffender platziert werden können – wurden doch ein Tag vorher die Ergebnisse der US-Wahl sowie das Ende der Koalition in Deutschland bekannt. So drängten sich die Fragen der Tagung noch mehr in den Vordergrund: Was bedeuten all diese Entwicklungen für die Praxis in der Hochschullehre? Wie können Bildungsräume als eine Säule zur Stütze der Demokratie fungieren? Wie kann Lehre auf antidemokratische Bewegungen und Stimmen reagieren? Wie kann sie didaktisch so gestaltet werden, dass Demokratie als Konzept nicht nur vermittelt wird, sondern auch gelebt? Wie kann Studierenden Handlungs- und Vermittlungsfähigkeit von demokratischen Werten



mitgegeben werden? Welche transformativen Kräfte kann Hochschullehre auf diese Weise entwickeln?

Ganz konkret: Wie kann Demokratie gelehrt und gelernt werden? Und welche Rolle spielt insbesondere die Lehre der Friedens- und Konfliktforschung in der Förderung demokratischer Strukturen? Welchen Platz sollte sie einnehmen, und in welchem Verhältnis somit auch zur politischen Bildung stehen?

Diesen Fragen widmeten sich die rund 20 Teilnehmenden während der Tagung in intensiven Auseinandersetzungen mit theoretischen Inputs sowie praktischen Beispielen. Einen besonderen Stellenwert nahmen hierbei erfahrungsbasierte Ansätze wie das Planspiel KrisenFest sowie der partizipatorische Ansatz des Barcamps ein. Im eigenen Erleben und Ausprobieren wurde versucht, Übertragbarkeiten auf die Hochschullehre abzuleiten, aber auch strukturelle Hindernisse wie einengende Rahmenbedingungen und fehlende Ressourcen zu beleuchten und konstruktive Lösungen zu suchen.

Die Tagung war geprägt durch einen offenen Dialog, engagiertes Weiterdenken und ambitionierte Pläne. Die Ergebnisse der Tagung werden den Arbeitskreis und alle Beteiligten nachhaltig weiter beschäftigen.

Violence, Elites, and the Potential for Peace in Colombia and Latin America

Projektleitung

Dr. Jan Boesten

Institution

Lateinamerika Institut der Freien
Universität Berlin

Fördersumme

20 Tsd. Euro

Projektformat

Internationale Fachtagung,
14. bis 15. Februar 2025

Das Stipendium der DSF für die zweitägige Konferenz, wurde für die Durchführung öffentlicher Beratungen verwendet, bestehend aus einer Beobachtungsstelle für Gewalt auf kolumbianischem Territorium, die methodisch an frühere Seminare über die Aussichten auf einen territorialen Frieden in Kolumbien anknüpfte, und einem zweiten Teil/Tag, an dem über Governance-Konflikte im Zusammenhang mit Gewalt in Kolumbien und Lateinamerika (Korruption, Klientelismus und Oligarchie als demokratische Defizite; (Un-)Rechtsstaatlichkeit in schwachen und ungleichen Staaten; Kriminalität und Konflikte innerhalb und außerhalb der Grenzen und ihre Auswirkungen auf politische Institutionen) reflektiert wurde. Am ersten Tag nahmen Praktiker aus Kolumbien teil (Anwälte, soziale Führungskräfte, Menschenrechtsbeobachter, politische Entscheidungsträger).

Insbesondere die Einladung von sozialen Führungskräften aus verschiedenen Regionen Kolumbiens war normativ und epistemologisch wichtig, da es unmöglich ist, Friedensszenarien zu verstehen und zu entwickeln, ohne spezifische regionale Merkmale (Ethnizität, soziale Zusammensetzung) zu berücksichtigen. Am zweiten Tag, der eher akademisch ausgerichtet war, diskutierten renommierte und junge Wissenschaftler über oligarchische Herrschaftsformen in Lateinamerika. Diese aktuelle Diskus-

sion wird in einer Sonderausgabe der Zeitschrift *Third World Quarterly* veröffentlicht werden. So wie, weitere Präsentationen der Ergebnisse im Rahmen einer Ausgabe des Latin American Studies Association Forum geplant sind, die sich mit oligarchischen Herrschaftsformen befasst, sowie im Rahmen von Präsidialgremien, die im Rahmen der LASA 2026 in Paris stattfinden werden. Hinzu kommt die Erstellung eines Sammelbands (für den die Cambridge University Press Interesse bekundet hat).

Der zweitägige Workshop fand am 20. und 21. Februar 2025 in den Räumlichkeiten des Instituts für Lateinamerikastudien (LAI) statt. An beiden Tagen gelang es uns, lebhaft und tiefgehende Diskussionen zu führen, in denen verschiedene Perspektiven angesprochen wurden und ein bedeutendes Live- und virtuelles Publikum teilnahm. An unserem ersten Tag, dem Kolumbien-Tag, verglichen wir die Situation in drei Regionen Kolumbiens, die aufgrund der dominanten Präsenz bestimmter bewaffneter Akteure ausgewählt wurden: die Karibik, in der seit mehreren Generationen paramilitärische Gruppen aktiv sind; Orinoquía, wo die letzte und derzeit mächtigste Guerillagruppe, die ELN, dominiert; und Amazonien, das lange Zeit eine Hochburg der FARC-EP war und nun ein Gebiet ist, das von der Präsenz dissidenter Ex-FARC-Gruppen betroffen ist. Unsere Gäste aus Kolumbien haben darauf hingewiesen, dass sich im Süden „die bewaffneten Akteure neu organisiert haben [und] auch die Rohstoffgewinnung zugenommen hat“, die oft von bewaffneten Akteuren zur illegalen Finanzierung ihrer Zwangsmaßnahmen genutzt wird. In Orinoquía sind die ELN und abtrünnige Kräfte, die aus der ehemaligen FARC-EP hervorgegangen sind, aneinandergeraten und haben eine interne humanitäre Krise ausgelöst, nachdem sie zuvor relativ friedlich koexistiert hatten, unter anderem dank eines taktischen Nichtangriffsabkommens im Jahr 2022. In der Karibik steht

der Gesamtfriedensplan von Präsident Petro vor zwei konzeptionellen Dilemmata, die den Prozess verlangsamten:

- 1) Als Erben des Paramilitarismus werden die beiden wichtigsten Gruppen, die ACSN und die EGC, nicht nach dem gleichen Priorisierungsmodell behandelt, das unter ähnlichen Bedingungen für Dissidenten und die ELN gelten kann.
- 2) Das Konzept des Friedens umfasst nicht die äußerst gewalttätigen städtischen Ausdrucksformen, die in den Fokus der bewaffneten Akteure in der Region geraten sind.

Die Ergebnisse des zweitägigen Workshops sind bedeutend und die Beiträge jedes Tages orientierten sich am jeweiligen Schwerpunkt: Praktiker oder Wissenschaftler. Das heißt, am ersten

Tag entstand ein Policy Brief, der über den Stand des Friedensprozesses in den oben genannten Regionen Kolumbiens informierte. Darüber hinaus veröffentlichen wir kontinuierlich Kommentare zum Stand unserer Forschung in Bezug auf das Thema Gewalt sowie Regierungsführung in Kolumbien. Der Blog der kolumbianischen Tageszeitung El Espectador hat uns auf seiner Webseite einen Platz eingeräumt, Artikel zu veröffentlichen, die unsere Forschungsergebnisse einem breiteren Publikum in Kolumbien zugänglich machen.

Der Schwerpunkt der Nachbereitung lag auf der Einreichung von Beiträgen für das Third World Quarterly zum Thema „Das Wiederaufleben/ Fortbestehen oligarchischer Herrschaft und des oligarchischen Staates in Lateinamerika“. Wir reichen zehn Einzelartikel ein, die von einem einleitenden Artikel von Jan Boesten und Maxwell A. Cameron begleitet werden. Da die Beiträge viel-

versprechende neue Erkenntnisse für den wissenschaftlichen Diskurs über oligarchische Strukturen in lateinamerikanischen Staaten liefern, lässt das Projekt weitere Aktivitäten erwarten. Jeffrey Winters (Autor des Standardwerks „Oligarchy“) hat sich bereit erklärt, mit uns bei LASA2026 zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus hat Cambridge University Press Interesse an dem Projekt bekundet und wartet auf die Veröffentlichung der Sonderausgabe, um einen Sammelband herauszugeben, der über die Ergebnisse der Sonderausgabe hinausgeht.

© JAN BOESTEN



WORKSHOP

FEBRUARY 2025

20-21

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
(ROOM TBC/VIRTUAL)

**VIOLENCE, ELITES,
AND THE POTENTIAL
FOR PEACE IN
COLOMBIA AND LATIN
AMERICA**

Registrations



Organizes

GIFK
GRUPPE FÜR INTERDISZIPLINÄRE
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

Welt ohne Kompass. Friedensgutachten 2024

Projektleitung

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff und

Dr. Claudia Baumgart-Ochse

Institution

Leibniz-Institut Hessische Stiftung

Friedens- und Konfliktforschung,

Frankfurt a. M.

Fördersumme

40 Tsd. Euro

Projektlaufzeit

Transferprojekt, Januar bis August 2024

Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und dem Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF) herausgegeben wird.

Rund 50 Expertinnen und Experten aus den beteiligten Forschungsinstituten arbeiteten mit am Friedensgutachten 2024. Unter dem Titel „Welt ohne Kompass“ stellten die Institutsleitungen das Friedensgutachten am 10. Juni 2024 in der Bundespressekonferenz vor. Im Anschluss wurde das Friedensgutachten in Bundestagsfraktionen, im Bundeskanzleramt und im Bundespräsidialamt sowie in den einschlägigen Ministerien (Verteidigung, Auswärtiges, Wirtschaftliche Zusammenarbeit) präsentiert. Bei einer Abendveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie zu Berlin wurde das Friedensgutachten der Öffentlichkeit vorgestellt, die Keynote hielt Botschafter a.D. Wolfgang Ischinger.

In sechs Kapiteln analysiert das Friedensgutachten 2024 das globale Konfliktgeschehen sowie die Trends der Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Das Fokus-Kapitel richtet das Augenmerk auf die gewaltsame Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts seit dem Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem Krieg zwischen Israel und Hamas. Die Autorinnen und Autoren ordnen das Geschehen in die bilateralen und regionalen Konflikt-dynamiken ein und erörtern, welche konkreten Schritte Deutschland und Europa gehen könnten, um einen Ausweg aus der Gewaltspirale zu ermöglichen.

Das **Kapitel 1 „Bewaffnete Konflikte“** gibt einen Überblick über das globale Gewaltgeschehen und nimmt dann die jüngsten Putsch in der Sahel-Region in den Blick. Die Expertinnen und Experten analysieren die Ursachen der Umstürze in Mali, Niger und Burkina Faso, beleuchten die Rolle der regionalen und internationalen Interventionen und geben Empfehlungen, wie

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der Krieg in Gaza, Putsche und Gewalteskalation in den Staaten der Sahel-Region – das waren nur einige der Gewaltkonflikte, die 2023/2024 massives Leid und Zerstörung brachten. Sowohl die Zahl der Todesopfer als auch die Anzahl der Menschen, die vor Krieg und Gewalt flohen, stieg sprunghaft. Zugleich stockte die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs), hingegen stiegen die weltweiten Militärausgaben, nicht zuletzt in neue Militärtechnologien. Die Vielzahl von Krisen und Konflikten hat auch in Deutschland das Vertrauen in die Demokratie geschwächt. Extremistische Gruppen erhielten jüngst verstärkt Zulauf.

Angesichts dieser dramatischen Zuspitzung des weltweiten Konfliktgeschehens konstatiert das Friedensgutachten 2024, dass der Welt zunehmend der Kompass fehlt, um sich Krieg und Gewalt, aber auch Armut, Flucht sowie Polarisierung und Radikalisierung entgegenzustemmen.

Das Friedensgutachten erscheint jährlich seit 1987. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung fördert die Publikation, die vom Bonn International Center for Conflict Studies (bicc), dem Institut für Frieden und Entwicklung der Universität Duisburg-Essen (INEF), dem Institut für



ein neuer Ansatz in der Stabilisierungs- und Friedenspolitik aussehen könnte.

In **Kapitel 2 „Nachhaltiger Frieden“** bilanzieren die Autorinnen und Autoren die stockende Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs), darunter auch die Bekämpfung von Armut, Hunger und Gewaltkonflikten. Das Kapitel hinterfragt die Top-Down-Logik internationaler Unterstützung und untersucht, wie Ansätze lokaler Friedensbildung internationale und nationale Strategien ergänzen können.

Das **Kapitel 3 „Rüstungsdynamiken“** konstatiert, dass die Militärausgaben weltweit steigen, Rüstungskontrolle und Abrüstung dagegen immer weiter zurückgedrängt werden. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat zu einem weltweiten Trend der Aufrüstung beigetragen. Er dient zugleich als Testfeld für neue Militärtechnologien wie Satellitentechnik, Drohnen und Künstliche Intelligenz. Das Kapitel diskutiert Möglichkeiten, wie diese neuen Rüstungstechnologien kontrolliert werden könnten.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist auch Thema des **Kapitels 4 „Institutionelle Friedenssicherung“**. Das Kapitel stellt die Frage, wie eine Verhandlungslösung aussehen könnte. Ausgehend vom Stand der Forschung zu den Erfolgsbedingungen für Friedensverhandlungen werden die Positionen Russlands und der

Ukraine analysiert. Auch wenn derzeit noch wenig Aussicht auf Verhandlungen besteht, sollte sich Europa dennoch auf diese vorbereiten. Beispielsweise könnte eine temporäre internationale Treuhandverwaltung der besetzten Gebiete in Betracht gezogen werden.

Die Kriege, Konflikte und Krisen haben auch in Deutschland das Vertrauen in die Demokratie geschwächt, extremistische Gruppen erhielten verstärkten Zulauf. **Kapitel 5 „Gesellschaftlicher Frieden“** analysiert diesen Trend sowie die Zunahme von politisch motivierten Straftaten, nicht zuletzt nach dem Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023. Die Autorinnen und Autoren beobachten verstärkte Wechselwirkungen und Überschneidungen zwischen den extremen Milieus. Sie geben Empfehlungen, wie extremistische Gruppen bekämpft und die Demokratie gestärkt werden können.

In ihrer Stellungnahme schlagen die Herausgeberinnen und Herausgeber als Kompass vor, zukünftige Politik konsequent an Völkerrecht und internationaler Gerichtsbarkeit auszurichten, Rivalitäten durch Rüstungskontrolle und Risikomanagement einzuhegen und in akuten Konfliktsituationen Verhandlungen und Sicherheitsgarantieren vorzubereiten, auch wenn kurzfristig kaum Erfolge zu erwarten sind: „Mit anderen Worten: Eine Neubesinnung auf Kernprinzipien des Multilateralismus!“

Perzeptionen von Frieden / Perceptions of Peace – Communalities and Cross-cutting Issues

Projektleitung
Prof. Dr. Sabine Kurtenbach
Institution
German Institute for Global Area Studies (GIGA), Hamburg
Fördersumme
19,426 Tsd. Euro
Projektformat
Internationale Fachtagung,
09. bis 11. Oktober 2024

Sechs Fallstudien (Kolumbien, Venezuela, Kamerun, Philippinen, Tunesien, Südsudan) durchgeführt mit ausgewählten Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung und einigen ihrer Partnerorganisationen analysierten die Tragfähigkeit dieses Friedenskonzept in Kontexten mit unterschiedlichen Formen und Intensitäten der Gewaltsamkeit. Die Analysen basieren auf einem methodischen Mix quantitativer und qualitativer Daten zu Konflikten auf verschiedenen Ebenen und den drei Grundelementen von Frieden. Das innovative dritte Element sind repräsentative

Umfragen zum Friedensverständnis der Bevölkerung in den Untersuchungsländern. Auf die Frage nach den drei zentralen Elementen von Frieden nannten die Befragten vor allem Sicherheit, Respekt, Ruhe und Gerechtigkeit. Dagegen landeten Veränderung, Inklusion, Bildung und Gesundheit auf den



Die Frage „Was ist Frieden?“ wird vor dem Hintergrund der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten kontrovers diskutiert. Während minimalistische Auffassungen Frieden mit Nicht-Krieg gleichsetzen, verweisen Adjektive wie gerecht, nachhaltig, liberal auf bestimmte Qualitäten. Das Projekt PEACEPTIONS – durchgeführt vom German Institute for Global and Area Studies in Hamburg und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin – geht noch einen Schritt weiter und begreift Frieden als Prozess und nicht als Zustand. Dabei stehen drei gesellschaftliche Grundfunktionen im Mittelpunkt: die Reduzierung aller Formen von Gewalt, Möglichkeiten der Partizipation in Politik und Gesellschaft sowie die Existenz formaler und informeller Institutionen der Konflikttransformation.

hinteren Plätzen. Fokusgruppen und Interviews bestätigen, dass das Friedensverständnis der Menschen stark mit ihren konkreten, persönlichen Erfahrungen zusammenhängt und weniger mit abstrakten Vorstellungen.

In einer dreitägigen Konferenz im Oktober 2024 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin, die von der Deutschen Stiftung Friedensforschung kofinanziert wurde, hatten Vertreter aller Länderteams erstmals die Möglichkeit in Person zusammenzutreffen und die Ergebnisse der sechs Studien zu diskutieren. Bei allen Unterschieden in den spezifischen Konfliktgegenständen, zeigt sich, dass es wichtig ist, die Wechselbeziehungen zwischen lokalen Konflikten und Konflikten auf nationaler Ebene sowie die transnationalen

Dynamiken in Grenzregionen zu erfassen. Entlang der drei gesellschaftlichen Grundfunktionen ergeben sich unterschiedliche Aktionsmöglichkeiten für die Eindämmung von Gewalt und die Entwicklung von Friedensstrategien. In Caracas, Venezuela, gelang es einer Gruppe von Müttern einen Waffenstillstand zwischen verschiedenen Banden zu vermitteln, der weitgehend eingehalten wurde.

Ein gemeinsames Problem in allen Ländern ist die sich verschlechternde Situation der Pressefreiheit, die die Möglichkeiten einer unabhängigen Berichterstattung über Gewalt einschränkt. Damit verbunden ist eine Frage, die sich früher oder später in allen Kontexten stellt, nämlich die nach der Anerkennung und Entschädigung der Opfer und der strafrechtlichen Verfolgung der Verantwortlichen. Das Beispiel Kolumbien zeigt, dass die Registrierung von Opfern bereits während eines Gewaltkonfliktes eine wichtige Rolle für deren Beteiligung an der Kriegsbeendigung spielt. Der kolumbianische Friedensprozess ist weltweit der erste, bei dem Opfer ihre Positionen im Verhandlungsprozess einbringen konnten.

Die Perspektive auf Friedensentwicklung und Frieden als Prozess hat sich unabhängig vom jeweiligen Gewaltgeschehen als fruchtbar erwie-

sen. Akteure, die hier einen wichtigen Beitrag leisten können, sind vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen wie Religionsgemeinschaften, denen in Umfragen ein vergleichsweise hohes Vertrauen entgegengebracht wird.

Außerdem spielen Frauen in verschiedenen Gesellschaften eine zentrale Rolle in der Friedensentwicklung. Eine stärkere Repräsentation von Frauen in Friedensprozessen kann nachweislich dazu beitragen, dass Frieden nachhaltiger ausgestaltet wird. In einigen der untersuchten Kontexte (z.B. Kamerun) haben Frauenorganisationen eine positive Rolle gespielt, indem sie eingehend auf bewaffnete Konflikte eingewirkt oder die internationale Aufmerksamkeit auf Konflikte in ihren Ländern gelenkt haben.

Die Analysen zeigen, dass es darum geht, die im jeweiligen Kontext existierenden Ansatzpunkte und Spielräume für die Friedensentwicklung zu nutzen und nicht eine bestimmte Reihenfolge einzuhalten, etwa zuerst Krieg beenden, dann Beteiligung der Bevölkerung verbessern, dann Prozesse des Wandels umzusetzen. Ansatzpunkte für Friedensarbeit müssen sich an den lokalen Gegebenheiten orientieren und die Wahrnehmung der Bevölkerung einbeziehen.

© SABINE KURTENBACH



Narratives of Violence as a political Tool

Projektleitung

Prof. Dr. Timothy Williams

Institution

Forschungszentrum RISK und Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften der Universität der Bundeswehr München

Fördersumme

9,650 Tsd. Euro

Projektformat

Internationale Fachtagung, 17. bis 18. September 2024

Das Ziel des internationalen und interdisziplinären Workshops war es, die Rolle von Gewalt-Narrativen, die von politischen Akteuren als Instrumente eingesetzt und verbreitet werden, zu untersuchen. Wir haben gefragt, welche Motivationen, Ausprägungen, Methoden und Vorgehensweisen sich in solchen Prozessen erkennen lassen und untersucht, wie die Art und Weise, wie Narrative verbreitet werden, deren Form sowie ihre Auswirkungen auf politische und gesellschaftliche Diskurse beeinflusst. Auch kam in unterschiedlichen Präsentationen eine große Diversität der Medien, die für die Verbreitung von Narrativen genutzt werden, zur Geltung.

Trotz der zunehmenden Bedeutung von Narrativen in den Sozialwissenschaften ist der interdisziplinäre Dialog über Narrative der Gewalt als politische Werkzeuge bislang selten. Das Ziel des Workshops war es daher, neue Dynamiken in Bezug auf Friedenssicherung, Transitional Justice, Erinnerungsarbeit, Legitimierung von Gewalt, digitale Friedenssicherung und ethnische Konflikte zu entdecken.

An der zweitägigen Veranstaltung nahmen insgesamt 33 Teilnehmer*innen aus 12 Ländern und 4 Kontinenten teil und das Symposium brachte Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Bereichen, darunter Politikwissenschaft,

Anthropologie, vergleichende Literaturwissenschaft, Kulturwissenschaften, Medienwissenschaften, Rechtswissenschaft, Kriminologie, Bildungswissenschaften, Psychologie, Philosophie und Ethik zusammen. 24 der Teilnehmer*innen waren Doktorand*innen und Postdocs.

Die Veranstaltung wurde vom Organisations-team mit einer thematischen Einführung eröffnet, bei der die Bedeutung von Gewalt-narrativen herausgestellt wurde und auch in den Kontext des Tagungsorts, dem Stauffenberg-Saal an der Universität der Bundeswehr München, diskutiert wurde. Hier wurden die Rolle Claus Schenk Graf von Stauffenbergs als einerseits Unterstützers des Nazi-Regimes, andererseits des Hitler-Attentäters thematisiert und wie sich diese Ambivalenz in den Narrativen über seine Person widerspiegelt. Das Keynote "New illiberal narratives of violence" wurde von Andrea Pető, Professorin für Gender Studies an der Central European University in Wien, gehalten und war für universitäres, Stadt- sowie Online-Publikum geöffnet. Anschließend diskutierten auf einer Podiumsdiskussion Juliane Prade-Weiss, Maximilian Wegener und Claudine Kuradusenge-McLeod die Keynote mit der Vortragenden.

Während der zweitägigen Veranstaltung fanden 27 Präsentationen auf neun Panels und ein Workshop statt, die in der Summe thematisch und disziplinär breit das Thema diskutierten und dabei eine Vielzahl unterschiedlicher Fallstudien beleuchteten. Hierbei präsentierten Teilnehmende zum Beispiel langfristige Analysen der Entwicklung von Gewalt-Narrativen, die Konstruktion solcher Narrative über verschiedene Medien oder auch die politische Lenkung von Emotionen durch solche Narrative während Gewalt und danach. Hierbei spielte auch die Rolle von Gewalt-narrativen bei der Bildung von Identitäten sowie der Wahrnehmung von Opfer- und Täterrollen, Nationalität und Zugehörigkeit eine zentrale Rolle. Das Symposium bot somit eine Plattform zum Austausch über und Vertiefung

diverser Forschungsprojekte, gab zugleich aber auch einen Einblick in die Pluralität von genutzten Ansätzen, die durch die Diversität der Disziplinen und der Rollen der Teilnehmenden entstanden sind. So ergaben bei der Veranstaltung Gelegenheiten, auch jenseits der Präsentationen ins Gespräch zu kommen, neue Netzwerke zu schließen, die in nachhaltige Kollaborationen münden können.

©TIMOTHY WILLIAMS



Narratives of Belonging: Rethinking Peace for the 21st Century

Projektleitung

Dr. Zeynep Gülşah Çapan

Institution

Universität Erfurt,
Staatswissenschaftliche Fakultät

Fördersumme

12,910 Tsd. Euro

Projektformat

Internationale Fachtagung,
17. bis 20. Dezember 2024

Vom 17. bis 20. Dezember 2024 fand an der Universität Erfurt eine Fachtagung zu "Narratives of Belonging: Rethinking Peace for the 21st Century" mit Teilnehmern aus Australien, Deutschland, Georgien, Japan, Mexiko, Süd-Korea, Spanien, Taiwan und der Türkei statt. In dieser Tagung wurde eruiert, inwiefern vor allem nicht-westliche Erzählungen ein Zugehörigkeitsgefühl stiften und zu einem nachhaltigen Frieden beitragen können. Wir konnten in dieser Tagung auf neueste Entwicklungen in der Friedensforschung aufbauen, indem wir von einem phänomenologischen Frieden basierend auf sozialen und zwischenmenschlichen Beziehungen ausgingen. Aus diesem Grund wählten wir auch den Begriff der Zugehörigkeit um den offenen, pluralen und transformativen Charakter der Suche nach Orientierung in der Welt hervorzuheben. Mit anderen Worten, im Gegensatz zu Diskussionen um Identität, schien uns der Begriff der Zugehörigkeit besser geeignet zu sein, essentialistische und kolonisierende Selbst – Andere Kategorisierungen sowie weitere Dichotomien bei unserer Suche nach Zugehörigkeitserzählungen zu vermeiden.

Um die Möglichkeit friedvoller Beziehungen über Grenzen hinweg jenseits dieser Dichotomien zu eruiieren, identifizierten wir andere, besonders nicht-westliche, vor-moderne, indigene Narrative und solche von marginalisierten Gruppen. Der Ethnograph Stephen Muecke zum Beispiel disku-

tierte in seinem Beitrag die Möglichkeit pluriver-
ser Kosmologien in indigenen spirituellen Traum-
erfahrungen (Bugarrigarra) in Australien. Darüber
hinaus zeigte uns die Politikwissenschaftlerin
Atsuko Watanabe von der Universität Kanazawa,
wie sich ein globaler, inklusiver Raum gestalten
lassen könnte, in dem alle Raumerfahrungen
gleichberechtigt existieren, durch einen Ver-
gleich der religiösen Pluralismen des britischen
Theologen John Hick und japanischen Schrift-
stellers Shūsaku Endō. Der Kulturwissenschaftler
Zaal Andronikashvili hingegen berichtete von der
Entwicklung des Konzepts der Autochthonie aus
dem Spannungsfeld aus Kolonialisierungsbestre-
bungen und Dekolonialisierungsbewegungen
im Kaukasus. Die Literatur- und Kulturwissen-
schaftlerin Eunju Hwang vom University College
London hebte in ihrem Beitrag über Kimchi in
der koreanischen Küche letztlich die Bedeutung
von Nahrung für die Herausbildung eines Zuge-
hörigkeitsgefühls hervor. Erzählungen wie diese
erlaubten es uns, Zugehörigkeit nicht in einem
essentialistischen Sinne zu verstehen, sondern
als ständiges „Werden“ mit dem sich Wandel
friedvoll gestalten lässt. Trotz aller sprachlichen,
räumlichen und kulturellen Unterschiede scheint
es nämlich dem menschlichen Leben intrinsisch
zu sein, nach ontologischer Sicherheit zu suchen.
Darauf aufbauend verfolgte unsere Tagung fol-
gende Forschungsziele:

- Identifizierung von nicht-westlichen, indi-
genen Zugehörigkeitserzählungen sowie
von marginalisierten Gruppen weltweit.
- Erforschung inwieweit solche Erzählun-
gen uns erlauben, die Beziehungen zwi-
schen „Frieden“ und „Zugehörigkeit“ neu
zu denken.
- Bestimmung von anthropologischen Kon-
stanten aus diesen Erzählungen, die eine
Grundlage friedvollen Zusammenlebens
bilden können.

Die Tagung diene auch dazu zu eruieren, inwiefern dieses Forschungsprojekt ausgebaut werden könnte. Dazu zählte eine Besprechung über weitere Maßnahmen zur Vorbereitung unseres Sammelbandes, der noch in diesem Jahr bei Palgrave Macmillan erscheinen wird. Darüber hinaus haben wir ins Auge gefasst, unser Projekt auszuweiten. Basierend auf den Ergebnissen unserer Tagung in Erfurt wollen wir Gemeinschaften in Stresssituationen durch Natur- und menschengemachten Katastrophen studieren. Durch ethnographische Feldstudien wollen wir der Frage nachgehen, inwiefern sich Zugehörigkeitsnarrative durch solche Katastrophen verändern (oder gleichbleiben) und inwiefern sie dazu beitragen, dass Gemeinschaften diese Stresssituationen meistern und ob sich neue Gemeinschaften bilden.

ComparE – Conceptual Approaches to and comparative analysis of courtroom data in the context of conflict and violence research

Projektleitung

Dr. Nicole Bögelein,
Dr. Kerstin Eppert und
Dr. Anja Schmidt-Kleinert

Institution

Institut für Kriminologie der Universität
zu Köln und Institute for Interdisciplinary
Research on Conflict and Violence der
Universität Bielefeld

Fördersumme

25 Tsd. Euro

Projektlaufzeit

Forschungsnetzwerk, 24 Monate

Das wissenschaftliche Netzwerkprojekt „ComparE – Conceptual approaches to and comparative analyses of courtroom data in the context of conflict and violence research“ ist zum 01. September 2024 gestartet; es ist Teil des internationalen Netzwerkes IN-COURT (Interdisciplinary Research Network Courts on Trial). Die Koordinatorinnen des Projektes sind Dr. Nicole Bögelein, Institut für Kriminologie, Universität zu Köln, Dr. Kerstin Eppert, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, und Dr. Anja Schmidt-Kleinert, Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg.

Im transdisziplinären Forschungsfeld der Gerichtsforschung Tätige haben empirisch und konzeptionell zu Forschungsfragen beigetragen, die insbesondere auch für die Friedens- und Konfliktforschung von Relevanz sind.

ComparE bringt nun 18 Wissenschaftler*innen, die in der Gerichts- und der Friedens- und Konfliktforschung und u.a. in Bosnien-Herzegowina, Dänemark, Frankreich, Italien, Kanada, Schweden, Großbritannien und den USA tätig sind, in

einer Forschungsgruppe zusammen. Eines von zwei Zielen des Projektes ist es, über die Bearbeitung übergreifender Fragestellungen die (transnationale) Gerichtsforschung für die Friedens- und Konfliktforschung (Peace and Conflict Studies) anschlussfähig bzw. Konzepte und Theorien aus der Friedens- und Konfliktforschung für die Gerichtsforschung nutzbar zu machen.

Obgleich transnational und interdisziplinär besetzt, fehlt es im Feld der Gerichtsforschung bisher sowohl an einer systematischen Vernetzung der Forschenden über disziplinäre Grenzen hinweg wie auch an gemeinsamen Arbeiten, über die die Vielzahl von empirischen Beiträgen sowohl hinsichtlich ihrer theoretisch-konzeptionellen wie auch methodischen Ansätze vergleichend zueinander in Beziehung gestellt werden können. Hier setzt das zweite Ziel des ComparE-Projektes an und bietet im Rahmen des breiteren IN-COURT-Netzwerkes die Möglichkeit der (transnational vergleichenden) Forschungskooperation.

In der zweijährigen Projektlaufzeit werden die Wissenschaftler*innen in neun Arbeitsgruppen vornehmlich online an theoretisch-konzeptionellen, bzw. methodischen und empirischen Fragestellungen sowie Formaten des Wissensaustauschs (u.a. Podcasts, Publikationen, Workshops) arbeiten.

Neben der gemeinsamen Arbeit auf der Ebene der Arbeitsgruppen steht jeweils ein jährlicher mehrtägiger Workshop in Präsenz im Fokus, der der Forschungsgruppe die intensive Auseinandersetzung mit ihren Forschungsthemen vor Ort ermöglicht. Der erste dieser Workshops findet im Februar 2025 in Köln statt. Der zweite ist für Februar/März 2026 geplant.

Im Oktober 2024 fand der Auftaktworkshop des Projektes via Zoom statt. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen der gesamten Gruppe stand die Arbeitsorganisation innerhalb des Netzwerkprojektes auf dem Programm. Außerdem wurden die Arbeitsgruppen entlang gemeinsamer Forschungsinteressen und der Querschnittsfragen des Netzwerkprojektes gebildet. Anschließend hatten die beteiligten Forschenden Gelegenheit, mögliche gemeinsame Arbeitsziele und Formate des Wissenstransfers zu besprechen sowie die Planung der virtuellen Arbeitssitzungen bis zum Jahresworkshop im Februar 2025 zu koordinieren. In Vorbereitung dieses Workshops treffen sich seither die einzelnen Arbeitsgruppen eigenständig online, um an ihren gemeinsam entwickelten Fragestellungen zu arbeiten.

Zur ComparE-Forschungsgruppe gehören: Sophie Andreetta (Liege), Nicole Bögelein (Köln), Mirza Buljubašić (Sarajevo), Kerstin Bree Carlson (Roskilde), Kerstin Eppert (Bielefeld), Claire Hamilton (Maynooth), Jacqueline Hodgson (Warwick), Revital Madar (Florenz), Renata Mustafina (New York), Anja Schmidt-Kleinert (Marburg), Nina Törnqvist (Uppsala), Sharon Weill (Paris), Sophie Marois (Toronto), Dyana Rezene (Köln), Carlotta Sallach (Wien), Chloe Squires (St. Andrews), Sophia Schröder (London).

Die Wissenschaftskommunikation der Forschungsgruppe wird über die Website des IN-COURT-Netzwerks laufen, sowie über den BlueSky-Account des Netzwerks (@in-court.bsky.social).



„Zukunft Frieden(spädagogik) – Friedenspädagogische Methoden in Zeiten innerdisziplinärer und gesellschaftlicher Transformation“

Projektleitung

Prof. Dr. Bernd Harbeck-Pingel und
Dr. Melanie Hussak

Institution

Friedensinstitut Freiburg und
Evangelische Hochschule Freiburg

Fördersumme

10 Tsd. Euro

Projektformat

Fachtagung,
16. bis 20. September 2024

Die Friedenspädagogik durchläuft gegenwärtig vielfältige Transformationen. Zum einen ist sie als anwendungsorientierte Disziplin in äußere Veränderungen, darunter globale und gesellschaftliche Konflikte und Spannungsfelder, aber auch technische Entwicklungen wie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, involviert. Zum anderen verdeutlichen macht- und herrschaftskritische Perspektiven, darunter insbesondere feministische und post- und dekoloniale, eine notwendige innere Betrachtung metatheoretischer Grundannahmen der Disziplin. Die genannten Entwicklungen haben Auswirkungen auf friedenspädagogische Ansätze in Forschung, Lehre und Praxis. Sie zeigen nicht nur einen Bedarf an einer Neukonzeption des Feldes, sondern auch der Überprüfung und Weiterentwicklung seiner angewandten Methoden auf.

Die Vernetzungstagung widmete sich daher ausgewählten friedenspädagogischen Methoden im Rahmen eines Wissenschafts-Praxis-Dialogs. Diese wurden theoretisch-konzeptionell für Forschung, universitäre Lehre und Praxis eingeordnet sowie auf Aktualitätsbezug, Potentiale und Herausforderungen im Kontext gegenwärtiger Entwicklungen kritisch beleuchtet. Ziel war es, Impulse für eine zukunftsrelevante Friedens-

pädagogik durch eine methodische Weiterentwicklung zu setzen. Als anwendungsorientierte Disziplin ist der Austausch und Vernetzung der Bereiche Forschung, Praxis und universitäre Lehre für die Friedenspädagogik besonders bedeutsam. Alle drei Bereiche sind von den genannten Transformationen beeinflusst und bringen einen spezifischen Fokus auf die Themenfelder ein, von denen die anderen Bereiche lernen und weiterdenken können.

Das Zusammenwirken der drei Bereiche spiegelte sich in der Teilnehmenden-Struktur und im Programmablauf wider. Die Tagung brachte Forschende, Praktiker:innen, Vertreter:innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Studierende zusammen. Aufgrund des Tagungsorts an der Evangelischen Hochschule in Freiburg, an dem der erste deutschsprachige Master Friedenspädagogik verortet ist, waren letztgenannte eine besonders aktive Teilnehmenden-Gruppe. Dadurch gelang ein generationsübergreifender Wissens- und Erfahrungstransfer.

Die Vernetzungstagung war in unterschiedliche Formate gegliedert, die durch integrative und zusammenfassende Reflexionen im Plenum und in Kleingruppen den Transfer zwischen den einzelnen Programmpunkten ermöglichte. Im Fall der Zukunftswerkstatt wurde der Transfer durch künstlerische Performances unterstützt. Um die vielfältigen Perspektiven und Formate vergleichend diskutieren zu können, wurden die Referierenden und Methodenwerkstatt-Leitenden eingeladen, ihre Beiträge auch mit Blick auf ihre Annahmen zu friedenspädagogischen Lernprozessen, konzeptioneller Begriffsarbeit der Leitbegriffe sowie der Interventions- und Handlungsebenen vorzustellen.

Den Beginn machte eine zweitägige Zukunftswerkstatt (Leitung: M. Stamer, D. Nolden, E.

Wastian, A. von Wedel), in der das Tagungsthema in Zusammenhang Berufsbild und Rollenklärung von Friedenspädagog:innen gebracht wurde. Die Methodenwerkstätten boten ein Erproben vielfältiger Methoden zu Themen wie „Wie über Frieden reden in Zeiten von Krieg?“ (U. Jäger/M. Kaiser), „Verschwörungstheorien und Desinformation“ (T. Schindler/L. Steinacher), „Erfahrungsorientierung in gesellschaftlichen Konflikten“ (M. Hussak/D. Lehner), „#Chatting with the Future - Utopisches Schreiben mit KI“ (A. von Wedel), „ErinnerungsZeit – eine Visual Novel zu marginalisierten NS-Erinnerungen und Kontinuitäten von Diskriminierung“ (A. Wunderlich) und „Rap als Methode in der Friedenspädagogischen Praxis“ (Ch. Rössler).

Impulsvorträge beleuchten Aspekte von „Friedensbildung im Lichte von (De-)Kolonialität“ (J. Krohn, Ch. Pauls), „Krisenzeiten für die Friedensbildung oder Friedensbildung in Krisenzeiten?“ (N. Frieters-Reermann), „Friedenspädagogik angesichts von Krieg: ethische, politische, pädagogische Dilemmata“ (W. Wintersteiner) und „Leitwert Frieden: Orientierung für Bildungsmaßnahmen“ (U. Jäger). Ein Forschungskolloquium lud zur Auseinandersetzung mit friedenspädagogischer Forschung anhand dreier Fallbeispiele zu „Pluriversalität in der Friedensbildung“ (D. Lehner), „partizipativen Aktionsforschung“ (A. Groppe) und der „Perspektive Globalen Lernens“ (G. Lang-Wojtasik).

Im Rahmen des in der Tagung stattfindenden Jahrestreffen des AK Friedenspädagogik der AFK, wurden neue Mitglieder begrüßt und Ideen für Kooperationsprojekte vorangebracht. Ein weiterer Höhepunkt war der öffentliche Vortrag „Dialogue as bridgebuilder in divided communities?“ von Steinar Bryn.

Die Ergebnisse der Tagung werden 2026 in einem Sammelband veröffentlicht. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Tagung nicht nur konkrete methodische Anregungen gab, sondern auch neue Kooperationsvorhaben

wie Lehraustausch und Schreibwerkstätten hervorbrachte sowie die Integration einer jungen Generation Friedenspädagog:innen in deutschsprachige Netzwerke der Friedenspädagogik.

The Persistence of Evil: Analyzing Long-Term Transmissions of Justifications for Mass Violence

Projektleitung

Prof. Dr. Juliane Prade-Weiss

Institution

Institut für vergleichende Literatur der
Ludwig-Maximilians-Universität München

Fördersumme

25 Tsd. Euro

Projektlaufzeit

Forschungsnetzwerk, 24 Monate

Massengewalt ist in Ausmaß, Intensität und Komplexität die extremste Konfliktform, und sie findet im 21. Jahrhundert in alarmierendem Ausmaß statt: von Afghanistan über den Nahen Osten, die Ukraine und den Sudan bis nach Myanmar. Während die von Tätern vorgebrachten Rechtfertigungen für Massengewalt in Politik, Medien und Forschung oft als bloße Vorwände abgetan werden, die vermeintlich von harten Fakten ablenken, sind die von Regimen und Gruppen kommunizierten Gründe für die Anwendung von Massengewalt entscheidend für deren gesellschaftliche Unterstützung. Rechtfertigungen als leeres Gerede abzutun, führt zu einer großen Wissenslücke: Wir wissen zu wenig darüber, wie Rechtfertigungen in Gesellschaften verbreitet und wie sie nach Konflikten weiter ausgehandelt werden. Das Forschungsnetzwerk konzentriert sich auf die Fortdauer von Rechtfertigungen für Massengewalt. Sie zirkulieren auch dann noch, wenn einzelne Täter zur Rechenschaft gezogen werden, finden oft breite Akzeptanz und werden über Raum und Zeit weitergegeben. Die Weitergabe von Rechtfertigungen trägt zur Verfestigung von Konfliktlinien bei und trägt damit zur Vorbereitung weiterer Konflikte bei. Das internationale und multidisziplinäre Forschungsnetzwerk ermöglicht die Überwindung der methodischen Trennung von Sozial- und Geisteswissenschaften, die die Analyse von *longue durée* Übertragungen von Rechtfertigungsdiskursen behindert.

Beginnend im Januar 2025 treffen sich zwanzig Netzwerkmitglieder aus Sozial- und Geisteswissenschaften sowie der Praxis über zwei Jahre hinweg in regelmäßigen Workshops, um einen methodischen Rahmen für weitere Forschung und konkrete Transferformate zu entwickeln.

Das Netzwerk setzt bei mehreren Forschungslücken an, auf die in letzter Zeit hingewiesen wurde: In den Geschichtswissenschaften sind Rechtfertigungen für Gewalt kürzlich ins Blickfeld gerückt und werden in die juristischen Kategorien der Tatvorbereitung beziehungsweise der rückwirkenden Rationalisierung unterteilt. Das Netzwerk schlägt ein komplexeres Verständnis vor, das davon ausgeht, dass Rechtfertigungen heterogene Publikumsgruppen adressieren, zu denen Gerichte nur unter anderem gehören. Neuere politikwissenschaftliche Forschung legt zudem nahe, dass Rechtfertigungen auf vertraute Argumente und Institutionen zurückgreifen, um breite Akzeptanz zu erzielen. Und Forschung im Bereich *peace-building* weist darauf hin, dass kulturelle Variablen eine Lücke im Verständnis von Post-Konflikt-Gesellschaften darstellen. Darum betrachtet das Netzwerk, wie Rechtfertigungen von Massengewalt in Schlüsselbereichen des kulturellen Kanons verhandelt werden: in Geschichtsschreibung, politische Propaganda, Religion, Recht, Literatur und populären Medien. Es knüpft an psychosoziale Perspektiven zur transgenerationalen Weitergabe der Folgen von Viktimisierung und Täterschaft an. Neu ist an diesem Ansatz, dass er sich auf die Übertragung von Rechtfertigungen über Raum und Zeit hinweg konzentriert, um die Instrumentalisierung von Geschichte, Religion und Kultur zu untersuchen, die derzeit nicht zuletzt weltweit in antidemokratische Populismen eingespeist wird.

Dieses Herangehen fußt auf der Annahme, dass Massengewalttaten politische und sozioökonomische Realitäten verändern, und dass Rechtfertigungen solcher Gewalt Begriffe, Narrative

und Heuristiken etablieren, in denen diese Taten diskutiert werden, indem sie in den kulturellen Kanon eingeschrieben werden.

Das Netzwerk zielt darauf ab zu verstehen, wie Texte, Terminologien, Erzählmuster und rhetorische Mittel zur Rechtfertigung von Massengewalttaten langfristig in und zwischen Sprachen und Kulturen zirkulieren, und wie sie in verschiedenen Genres und Diskursen angepasst werden. Konkretes Ziel ist es, durch die Kombination verschiedener Disziplinen eine gemeinsame methodische Grundlage für die Analyse der langfristigen Auswirkungen von Rechtfertigungen in verschiedenen globalen Regionen zu schaffen. Die erwarteten Ergebnisse sind ein interdisziplinäres, internationales Netzwerk, Kooperationsstrategien mit Akteuren in Praxisfeldern, der Sammelband *The Persistence of Evil*.

Förderbereich 3: Thematische Förderlinie

Im Förderbereich 3 schrieb die Stiftung im Oktober 2022 die thematische Förderlinie „Russlands Krieg gegen die Ukraine – Folgen für die Region und die internationale Friedens- und Sicherheitspolitik³“ aus. Die Förderlinie wurde durch eine Zuwendung aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert.

Bei der Geschäftsstelle der DSF gingen insgesamt 15 Anträge auf Projektförderung ein, die das Schwerpunktthema aus sehr unterschiedlichen Perspektiven beleuchteten. Erstmals bot die Stiftung das Förderformat des Kooperationsprojektes mit einem erhöhten Fördervolumen an, mit dem interdisziplinäre und interinstitutionelle Forschungskooperationen angeregt werden sollten.

Bewährt hat sich zudem das modifizierte Antragsverfahren. So konnten Projekte mit einer Antragsumme von unter 50 Tsd. Euro ohne Terminbindung eingereicht werden. Lediglich für die Vorhaben mit höheren Budgetsummen legte die Stiftung einen Antragstermin fest.

Die Stiftung nahm sieben Pilotprojekte, vier Profilprojekte, zwei Forschungsnetzwerke und zwei Kooperationsprojekte in das Begutachtungsverfahren auf. Das Antragsvolumen belief sich auf eine Gesamtsumme von 1,58 Mio. Euro.

In 2024 wurde nachlaufend ein weiteres Projekt bewilligt:

PILOTPROJEKT

Violence and Transformation: The Political Economy of Russia's War against Ukraine

Dr. Ivan Bakalov, Technische Universität Dresden, Institut für Politikwissenschaft

³ Den Ausschreibungstext finden Sie hier: https://bundesstiftung-friedensforschung.de/wp-content/uploads/2022/10/Ausschreibung_2022_DE.pdf

Gewalt und Transformation: Die politische Ökonomie des russischen Krieges gegen die Ukraine

Projektleitung

Dr. Ivan Bakalov

Institution

Technische Universität Dresden,
Institut für Politikwissenschaft

Fördersumme

50 Tsd. Euro

Projektlaufzeit

Pilotprojekt, 12 Monate

Die russische Invasion in der Ukraine hat sich in den letzten Jahren als eine scheinbar unerschöpfliche Quelle von Gewalt und Zerstörung etabliert. Dazu ist der Krieg ein ständiger Antrieb für politische Auseinandersetzungen in Europa und die ganze Welt. In dieser Hinsicht stehen Internationale Beziehungen als wissenschaftliche Disziplin in erheblichem Maße in der Schuld der Gesellschaft. Erstens wurde versäumt, die flächendeckende Invasion vorherzusehen. Entweder wurde sie für unwahrscheinlich gehalten oder wurde sie ständig und zu allen Zeiten erwartet. Beide Ansätze waren gleichermaßen unpräzise und als Leitfaden für die Politik ungeeignet. Und zweitens ist es der Disziplin nicht gelungen, Wege zu einem nachhaltigen Frieden aufzuzeigen. Paradoxiertweise prägen dieselben Theorien, die im ersten Punkt versagt haben, jetzt die Diskussionen über Friedensverhandlungen und Nachkriegsabkommen. In dem Versuch, diese fehlleitende Kontinuität zu unterbrechen, eröffnet das vorliegende Projekt neue Wege des Denkens über den Krieg, die darauf abzielen, die innere Dynamik des Krieges besser zu verstehen.

Bei der Verfolgung dieses Ziels stützt sich das Pilotprojekt auf der Auffassung, dass das vorherrschende Verständnis des Krieges die sozioökonomischen Bedingungen, unter denen der Krieg entstanden ist und gegenwärtig geführt wird, nicht ausreichend berücksichtigt. Die Internatio-

nale Politische Ökonomie bietet wertvolle Instrumente für die Untersuchung des Zusammenspiels zwischen politischen und wirtschaftlichen Dimensionen, versäumt es aber häufig, die Existenz und Funktion von Gewalt in diesem Zusammenspiel anzuerkennen. Die Entwicklung eines umfassenden Verständnisses des Krieges hängt davon ab, ob die Untersuchung der Gewalt mit der Untersuchung der politischen Ökonomie in Einklang gebracht werden kann. In diesem Pilotprojekt soll daher untersucht werden, wie der Krieg das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in Russland verändert. Dabei stellt das Pilotprojekt den Krieg in den historischen Kontext der sozioökonomischen Entwicklung Russlands und zeigt seine inneren Widersprüche auf.

Der Krieg wird aus drei analytischen Aspekten hinterfragt, um zu verstehen, wie der Krieg die gesellschaftlichen Beziehungen in Russland umgestaltet. Erstens wird der Wandel der Beziehungen zwischen Staat und Kapital untersucht, zweitens – das sich wandelnde Verhältnis zwischen Staat und Arbeit, drittens – die verstärkte Rolle der Gewalt in gesellschaftlichen Beziehungen. Alle drei analytischen Stränge zeigen wichtige Entwicklungen, sowie auch bedeutsame Widersprüche. Einerseits wächst die russische Wirtschaft, andererseits wachsen auch die Zinsen und der Arbeitskräftemangel, was Profite unterdrückt. Einerseits steigen die Einkommen für breite Teile der Erwerbstätigen, andererseits steigen die Inflation und die Verschuldung der Haushalte zu, was ihren Wohlstand unterminiert. Einerseits werden Andersdenkende immer stärker erpresst, andererseits wird die Gesellschaft von unsanktionierter Gewalt durchdrungen, was ihren Zusammenhalt gefährdet.

Die drei analytischen Stränge werden im Projekt zusammengebracht, um die innere Dynamik des Krieges aufzuklären. Dem Forschungsprojekt liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die Entscheidung, in die Ukraine einzumarschieren, auf

die gebrochene Hegemonie des herrschenden Blocks in Russland, bestehend aus dem Sicherheitssektor und dem Großkapital, zurückgeführt werden kann. Diese Hegemonie ist sowohl im Inland (mangelnde Fähigkeit, die Produktivkräfte der Gesellschaft zu entwickeln) als auch im Ausland (mangelnde Fähigkeit, ein attraktives sozioökonomisches Entwicklungsmodell zu schaffen) zusammengebrochen. Die Anhäufung enormer sozialer Ungleichheiten während der letzten drei Jahrzehnte des Übergangs hat es unmöglich gemacht, die Macht des herrschenden Blocks zu erhalten, ohne vermehrt auf Gewalt sowohl im Inland als auch im Ausland zurückzugreifen. Die Kommodifizierung der Gewalt während des Krieges bietet zwar die Möglichkeit, einige Auswirkungen der Krise des herrschenden Blocks abzufedern, hat aber bisher die grundlegenden Probleme nicht gelöst. Die Untersuchung dieser Dynamik trägt zu einem besseren Verständnis der Genealogie des Krieges bei und eröffnet neue Möglichkeiten, über eine nachhaltige Nachkriegsordnung nachzudenken.

Strategietagung Historische Friedens- und Konfliktforschung

Außerhalb des Förderkonzeptes stehen der Stiftung aus der Zuwendung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanzielle Mittel für ein Fördermodul strategische Vernetzung und Wissenschaftskommunikation zur Verfügung. Ziel dieses zusätzlichen Förderangebot ist es, Fachdisziplinen, die nicht in den Kerndisziplinen und -institutionen der Friedens- und Konfliktforschung angesiedelt oder strukturell z. B. über Professuren mit einschlägiger Denomination verankert sind, stärker in das Forschungsfeld einzubinden. Hiermit greift die DSF eine entsprechende Empfehlung der Wissenschaftsratsevaluation auf. Die Stiftung will mit dem Fördermodul neue Impulse für Forschungs Kooperationen und Netzworkebildungen wie auch zur Entwicklung innovativer Projektanträge geben. In die Tagungen sollen insbesondere junge Wissenschaftler*innen mit thematisch relevanten Forschungsinteressen eingebunden werden.

Wer hat Angst vor Normativität? 40 Jahre Historische Friedens- und Konfliktforschung

Projektleitung

Dr. Arvid Schors

Institution

Universität zu Köln, Institut/AKHK

Fördersumme

27 Tsd. Euro

Projektformat

Strategietagung, Fördermodul

strategische Vernetzung

Köln, 21. bis 22. November 2024

Vom 21. bis 22. November 2024 fand an der Universität zu Köln die Strategietagung „Wer hat Angst vor Normativität? 40 Jahre Historische Friedens- und Konfliktforschung“ statt, die vom Arbeitskreis Historische Friedens- und Konfliktforschung (AKHF) gemeinsam mit dem Cologne Center for Advanced Studies in International History and Law (CHL) veranstaltet wurde.

Insgesamt verfolgte der AKHF mit seiner Tagung vier Ziele. Erstens ging es darum, einen umfassenden Austausch und Reflexionsprozess über die Rolle der Normativität in der Historischen Friedens- und Konfliktforschung (HFKF) anzustoßen. Dies erfolgte vor dem Hintergrund der Feststellung, dass eine am Friedensideal orientierte Normativität zwar als ein zentra-

les Merkmal einer HFKF gilt, dass eine kritische Selbstreflexion bislang allerdings selten explizit erfolgte. Die Diskussion der Historizität von Friedensbegriffen stand deshalb im Zentrum der Tagung. Dabei zeigte sich, dass ein Festhalten an normativen Friedensbegriffen nicht mehr zum Konsens innerhalb der HFKF gehört. Vielmehr kristallisierte sich in Beiträgen und Diskussionen heraus, dass gerade die Historisierung von Normativität und der damit zusammenhängenden Friedensvorstellungen als die zentrale Herausforderung wahrgenommen wird. Die Tagung leistete damit einen Beitrag zu einer Debatte, die derzeit in der Geschichtswissenschaft an Kontur gewinnt und die um die Frage kreist, welche Vorstellungen von Frieden in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Konstellationen wirkmächtig wurden.

Zweitens zielte die Tagung darauf, auch Kolleg*innen zu erreichen, die sich selbst nicht oder nicht unbedingt in der HFKF oder der Geschichtswissenschaft verorten, deren Forschungen sich aber aus einem historischen Interesse heraus mit Frieden, Krieg, Konflikten und Gewalt befassen. Die Konferenz diente somit einer besseren Vernetzung von Wissenschaftler*innen, die ihren Gegenstand u.a. aus der Perspektive der HFKF in den Blick nehmen. Die angestrebte Erweiterung gelang einerseits durch Beiträ-

ge von Christian Methfessel und Sahra Rausch, die aus der kolonialgeschichtlichen Forschung kommend auf Kriege blickten, von Hendrik Simon und Felix Lange, die die Perspektive der Völkerrechtsgeschichte einbrachten, sowie Valentin Bardet, dessen Beitrag das in Frankreich etablierte Konzept des *sortie de guerre* einbrachte. Darüber hinaus wurde das Ziel erreicht, gerade Wissenschaftler*innen in der früheren Karrierephase (*early career researchers*) in die Tagung und die Diskussionen einzubinden und damit deren Interesse für die Historische Friedens- und Konfliktforschung zu wecken bzw. zu stärken. Dass sich einige davon an der mit der Tagung verknüpften Mitgliederversammlung des Arbeitskreises für einen Beitritt entschieden haben, zeigt das langfristige Interesse neu angesprochener Wissenschaftler*innen, sich in diesem Bereich in Zukunft zu engagieren.

Drittens verfolgte der AKHF mit der Tagung das Ziel, die zeitliche und räumliche Erweiterung der HFKF voranzutreiben. Mit Beiträgen, die die Kolonialgeschichte thematisierten oder Beispiele aus Südamerika in den Blick nahmen, wurde die Geschichte von Frieden, Gewalt und Konflikten in außereuropäischen Regionen auf diese Weise erstmals explizit im Kontext der HFKF diskutiert. Dank der zwei Beiträge von Anke Fischer-Kattner und Regina Stuber war auch die Frühe Neuzeit ebenfalls sichtbar vertreten und erfüllte so das Ziel des AKHF einer chronologischen Öffnung. Sowohl die räumliche als auch die zeitliche Erweiterung trugen wesentlich dazu bei, die Frage nach der Normativität des Friedensbegriffs in der historischen Forschung auszudifferenzieren. So thematisierten etwa die kolonialgeschichtlichen Beiträge den repressiven Charakter, der Friedensvorstellungen auch heute noch immanent ist. Auf diese Weise knüpfte die Tagung an aktuelle Debatten zur Kolonialität des Friedens an.

Viertes Ziel war die Schaffung eines Forums, um das Verhältnis von Wissenschaft und Normativität in Zeiten eskalierender nationaler und internationaler Krisen zu reflektieren und auch nach außen zu kommunizieren. Dies konnte

die Tagung auf verschiedene Weise erreichen: einerseits durch die gut besuchte und engagierte öffentliche Podiumsdiskussion zum Schluss der Tagung, die in Kooperation mit dem Cologne International Forum auch erfolgreich Besucher*innen ganz anderer Disziplinen (etwa aus den Naturwissenschaften) anziehen konnte; andererseits dadurch, dass alle Beiträge und Podien der Konferenz im Nachgang schrittweise auf L.I.S.A., dem Wissenschaftsportal der Gerda-Henkel-Stiftung, veröffentlicht werden.

Publikationen aus geförderten Forschungsprojekten

Die Publikationsliste umfasst sämtliche gedruckten und digitalen Veröffentlichungen, die aus den geförderten Projekten hervorgegangen sind. Dazu zählen neben wissenschaftlichen Publikationen in Verlagen und wissenschaftlichen Zeitschriften auch Beiträge zu Blogs und audio-visuelle Produktionen sowie Zeitungsartikel. Die Liste erfasst nur die Veröffentlichungen, die der Stiftung mitgeteilt wurden.

Ahmad, Aisha-Nusrat. 2024. Afghan Women in Solidarity. Counter Narratives on the Dialectics of Oppression and Token Recognition. Baden Baden: Nomos Verlag. [Link](#)

Becker, David, Mia Neuhaus und Sara Paloni (Hrsg.). 2024. Unsichere Zugehörigkeiten – Deutsche Geschichte im Gegenwartserleben junger Erwachsener. Gießen: Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG.

Biermann, Rafael. 2024. Conceptualising patron-client relations in secessionist conflict. A research agenda, In: Territory, Politics, Governance. [Link](#)

Biermann, Rafael. 2024. Patron-client relations in secessionist conflict: introducing the special issue. In: Territory, Politics, Governance, 13(1), 1-8. [Link](#)

Domann, Valentin, Franziska Fröhlich, F., Henning Nüssli und Antoine Schmiz. 2024. Lokalismus als politische Ressource? Sieben Thesen zur konstruktiven Bearbeitung lokaler Konflikte In: RaumPlanung 229 (6/2024), 52-56. [Link](#)

Edler, Hannah, Ulrike Krause und Nadine Segadlo. 2024. Making sense of peace in exile? Displaced people's intersectional perceptions of peace. In: Peacebuilding, 1–18. [Link](#)

Gollwitzer, Mario, Marlene Voit und Lucas J. E. Köhler. 2024. Ungerechtigkeitssensibilität. In T. Rothmund & E. Walther (Hrsg.), Psychologie der Rechtsradikalisierung: Theorien, Perspektiven, Prävention. Stuttgart: Kohlhammer.

Voit, Marlene, Lucas J. E. Köhler, Karsten Fischer und Mario Gollwitzer. 2024. Repository – German Election Programs (2002-2021) [Data set]. In: PsychArchives. [Link](#)

Gromes, Thorsten. 2024. Ausstieg verpasst? Der Bundestag und die UN-Mission in Mali, In: PRIF Report 2/2024, Frankfurt/M.

Krueger, Stephanie und Rebecca D. Frank. 2024. Are we practicing what we preach? Towards greater transborder inclusivity in Information Science systematic reviews. In: Sserwanga, I., et al. Wisdom, Well-Being, Win-Win. iConference 2024. Lecture Notes in Computer Science, vol 14598. Springer, Cham. [Link](#)

Saalfeld, Jannis und Abdulai Iddrisu. 2024. Salafism Between Purism and Politicking: Chieftaincy Struggles, Party Competition, and the Anbariya Movement in Dagbon, Northern Ghana, In: African Affairs, 2024. [Link](#)

Schönenberg, Kim Hella, Heide Glaesmer und Yuriy Nesterko. 2024. Male Survivors? Disclosure of Conflict-Related Sexual Violence in Mental Health Care Settings: Results from a Phenomenological Study with Clinical Experts in Germany. In: Health & Social Care in the Community. [Link](#)

Stengel, Frank A. und Annick T.R. Wibben. 2024. Think Big(ger)! Warum feministische Außenpolitik ein radikales Umdenken erfordert. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 17: 4, 403-414. [Link](#)

Pysmensky, Yevhen. 2024. The Soviet Regime in Ukraine and Ukraine's Current Policy of Providing Criminal Law Protection to Historical Memory. Working Paper Nr. 7. [Link](#)

Pylypenko, Dmytro. 2024. Current Issues of Compensation for Damages to Victims of Crimes under the Present Conditions in Ukraine. Working Paper. Nr. 6. [Link](#)

Tkachenko, Yevhenii. 2024. Restorative Justice in the Context of Protecting the Rights of the Crimean Tatar People as an Indigenous People of Ukraine. Working Paper Nr. 5. [Link](#)

Adamovych, Sergii. 2024. The Genesis of the Regulatory Framework for the Rehabilitation of Victims of Political Repressions of the Soviet Punitive and Repressive Regime in Ukraine: Practical Issues and Challenges. Working Paper Nr. 4. [Link](#)

Boeckh, Katrin. 2024. Soviet Injustice in Soviet Ukraine – a Historical Approach. Working Paper Nr. 3. [Link](#)

Uerpmann-Witzack, Robert. 2024. Restorative and Transnational Justice in International Law. Working Paper Nr. 2. [Link](#)

Küpper, Herbert. 2024. Coping Legally with the Injustice of Former Socialist Regimes: a Comparative Overview. Working Paper Nr. 1. [Link](#)

von Soest, Christian. 2024. Sanktionen: Mächtige Waffe oder hilfloses Manöver? Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Buch.

von Soest, Christian. 2024. International Actors and Autocratization. In The Routledge Handbook of Autocratization, Hrsg. Aurel Croissant und Luca Tomini, 253-266, London: Routledge.

von Soest, Christian. 2024. Pressure Proofing: How Authoritarian Regimes Respond to Sanctions. In Research Handbook on Authoritarianism, Hrsg. Natasha Lindstaedt und Jeroen J.J. den Bosch, 300-315, Cheltenham: Edward Elgar Publishing.

von Soest, Christian. 2024. Die Zukunft der Sanktionen. In: Internationale Politik, 79/01. [Link](#)

Tagungsberichte

Hinterhuber, Eva Maria und Wisotzki, Simone. 2024, „Disziplinen im Dialog“ 55. Kolloquium der AFK – Darmstadt, 13. – 15.03.2024. [zum Bericht >](#) | [zum Projekt >](#)

Dzudzek, Ines und Reuber, Paul. 2024, „The Depoliticized Politics of the Anthropocene?!“ Critical Perspectives on the Role of Urban Environmental Governance for Peace and Social Equality – Münster, 22. – 25.05.2024. [zum Bericht >](#) | [zum Projekt >](#)

Fröhlich, Christiane. 2024, „5. Konferenz des Netzwerks Fluchtforschung“ – Regionale und lokale Antworten auf globale Fluchtbewegungen: Kontexte, Herausforderungen, Lösungen – Bonn, 16. – 18.09.2024. [zum Bericht >](#) | [zum Projekt >](#)

Williams, Timothy. 2024, „Gewaltnarrative als politische Instrumente“ – Neubiberg, 17. – 18.09.2024.

Harbeck-Pinge, Bernd und Hussak, Melanie. 2024, „Zukunft Frieden(spädagogik) – Friedenspädagogische Methoden in Zeiten Interdisziplinärer und Gesellschaftlicher Transformation – Freiburg, 16. – 20.09.2024. [zum Bericht >](#) | [zum Projekt >](#)

Brück, Tilman; Justino, Patricia und Verwimp, Philip. 2024, „20th Annual Households in Conflict Network (HICN) Workshop – The Micro-level Analysis of Policy-Crises – Berlin, 1. – 2.10.2024. [zum Bericht >](#) | [zum Projekt >](#)

Kurtenbach, Sabine. 2024, „Peaceptions“ – Berlin, 09. – 11.10.2024. [zum Bericht >](#) | [zum Projekt >](#)

Hinterhuber, Eva Maria. 2024, „Demokratie lehren und lernen“ – Kleve, 07. – 09.11.2024.

Çapan, Zeynep Gülsah. 2024, „Narratives of Belonging“ Rethinking Peace for the 21st century – Erfurt, 17. – 20.12.2024. [zum Bericht >](#) | [zum Projekt >](#)

Organe & Gremien



Organigramm

ORGANE DER STIFTUNG
Stiftungsrat
Vorstand
GREMIUM DER STIFTUNG
Wissenschaftlicher Beirat

Der *Stiftungsrat* der DSF ist mit 12 Mitgliedern besetzt. Er hat die Aufgabe, die grundsätzliche Ausrichtung der Stiftung sowie die Rahmenbedingungen und die Programme für die Erfüllung des Stiftungszwecks festzulegen. Er beaufsichtigt ferner die Tätigkeit des Vorstands. Der Bund ist als Stifter mit insgesamt sieben Mitgliedern aus Bundesregierung und Deutschem Bundestag im Stiftungsrat vertreten.

Der *Vorstand* übernimmt mit seinen fünf Mitgliedern sämtliche operativen Geschäfte der Stiftung. Hierzu zählen auch die Entscheidungen über die Verwendung der Fördermittel und

für stiftungseigene Projekte. Er vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.

Der *Wissenschaftliche Beirat* steht den Stiftungsorganen als Beratungsgremium zur Seite. Durch seine Zusammensetzung bildet er die fachdisziplinäre Breite der Friedens- und Konfliktforschung ab und kann daher eine breit gefächerte Expertise über unterschiedliche Forschungstrends und -ergebnisse in die Gestaltung und Umsetzung der Förderprogramme einbringen.

Die Mitglieder der Stiftungsgremien sind alle ehrenamtlich tätig.

Der Stiftungsrat

Dem Stiftungsrat der DSF gehörten Ende 2024 folgende Mitglieder an:

Dr. Jens Brandenburg, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung | Vorsitzender seit dem 06.02.2023

Prof. Dr. Heike Krieger, Freie Universität Berlin | Stellvertretende Vorsitzende seit dem 01.10.2023

Prof. Dr. Thorsten Bonacker, Philipps-Universität Marburg, Berufen zum 30.08.2024

Prof. Dr. Gwendolyn Sasse, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin, Berufen zum 10.03.2024

Prof. Dr. Conrad Schetter, Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Prof. Dr. Ursula Schröder, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Katja Keul, Staatsministerin im Auswärtigen Amt

Niels Annen, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Siemtje Möller, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung

Kai Gehring, Mitglied des Deutschen Bundestages

Prof. Monika Grütters, Mitglied des Deutschen Bundestages

Maja Wallstein, Mitglied des Deutschen Bundestages

Im Jahr 2024 ausgeschiedene Mitglieder:

Prof. Dr. Michael Zürn, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)

Prof. Dr. Dr. Sabine Freifrau von Schorlemer, Technische Universität Dresden

Die ordentliche Sitzung des Stiftungsrates fand am 13. Juni 2024 in Berlin statt.

Der Vorstand

Der Vorstand führt die operativen Geschäfte der Stiftung. Ihm gehören fünf Mitglieder an, darunter vier Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen und Forschungsfeldern sowie eine Person aus einem wissenschaftsaffinen Praxisfeld. Im Juni 2024 schied die stellvertretende Vorsitzende, Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel, aus. Der Stiftungsrat ernannte auf seiner Sitzung am 13.06.2024 Prof. Dr. Malte Götttsche zum Nachfolger. Seit Juni 2024 setzt sich der Vorstand aus folgenden Personen zusammen:

Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Universität Osnabrück | Vorsitzender

Prof. Dr. Andreas von Arnould, Direktor, Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Prof. Dr. Birgit Bräuchler | Universität Kopenhagen

Prof. Dr. Malte Götttsche | PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung und Technische Universität Darmstadt

Tobias Pietz | Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) gGmbH

Zum 14.06.2024 schied aus:

Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel | Philipps-Universität Marburg | Stellvertretende Vorsitzende

Der Vorstand kam zu zwei ordentlichen Sitzungen am 26.04. und 11.11.2024 in Berlin zusammen.

Der Wissenschaftliche Beirat

Dem Wissenschaftlichen Beirat der DSF gehörten 2024 13 Mitglieder an. Er setzt sich wie folgt zusammen:

Prof. Dr. Sabine Kurtenbach, GIGA Institut für Lateinamerika-Studien, Hamburg | Vorsitzende

Prof. Dr. Andreas Hasenclever, Eberhard-Karls-Universität Tübingen | Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Christopher Cohrs, Philips-Universität Marburg

Prof. Dr. Priska Daphi, Universität Bielefeld

Dr. Caroline Fehl, PRIF Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Fabian Klose, Universität zu Köln

Prof. Dr. Teresa Koloma Beck, Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg

Prof. Dr. Andreas Mehler, Arnold-Bergstraesser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung, Freiburg

Prof. Dr. Christian Reuter, Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas, Universität Bremen

Prof. Dr. Paulina Starski, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Nils B. Weidmann, Universität Konstanz

Prof. Dr. Annick Wibben, Swedish Defence University (Försvarshögskolan), Stockholm

Das Vermögen

Die DSF ist eine unabhängige Stiftung privaten Rechts, die durch die Bundesrepublik Deutschland mit einem Einrichtungskapital von 50 Mio. DM (25,56 Mio. Euro) ausgestattet wurde.

Zustiftungen und Zuwendungen

Die Stiftung erhielt auf Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages eine Zusage für Zustiftungen zum Stiftungskapital für die Jahre 2024 bis 2029 von insgesamt 12 Mio. Euro, die über den Etat des BMBF an die DSF weitergeleitet werden. 2024 erhielt die DSF die erste Tranche in Höhe von 2 Millionen Euro.

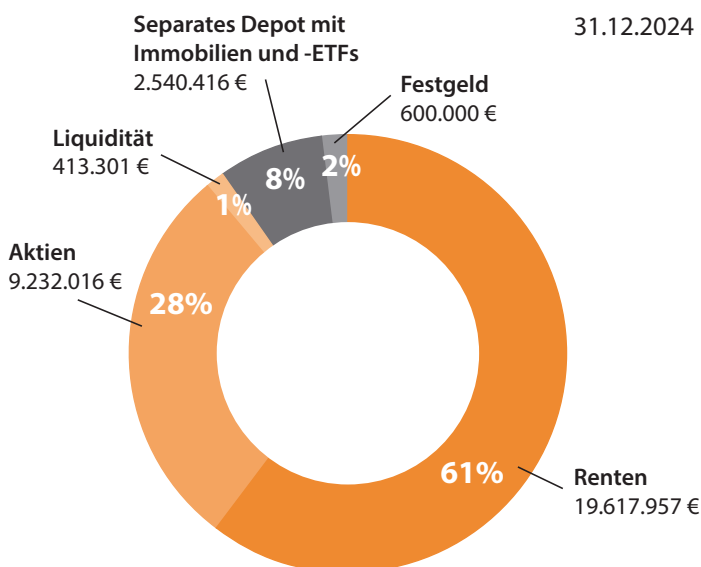
Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens

Die Stiftung beauftragte zwei Banken mit der Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens, das fast ausschließlich in Wertpapieren angelegt ist. Die Investitionen unterliegen bestimmten Regeln, die der Stiftungsrat in den „Grundsätzen für die Vermögensverwaltung“ festgelegt hat. Die zulässigen Anlageklassen sind durch eine Positivliste definiert. Zudem enthalten die Grundsätze

eine Reihe konkreter Bestimmungen zum Risikomanagement sowie zu den Berichts- und Dokumentationspflichten der Vermögensbewirtschafter. Hierdurch wird den Stiftungsorganen ein umfassendes Controlling der Vermögensanlage ermöglicht. Neben den Vermögensverwaltungsmandaten unterhält die DSF ein separates Depot, in das offene Immobilienfonds und zwei Aktien-ETFs ausgelagert wurden.

Das Vermögen ist entsprechend der Positivliste in festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und sonstigen Anlagen (Immobilienfonds) investiert. Es handelt sich bei den Wertpapieren überwiegend um Einzeltitel. Investmentfonds wie z. B. Rentenfonds und Exchange Traded Funds spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Auf festverzinsliche Wertpapiere entfällt ein Mindestanteil von 60 Prozent, Aktien und aktienähnliche Produkte können in Abhängigkeit von der Kapitalmarktlage bis zu 40 Prozent ausmachen. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten gemäß den Vorschriften des HGB. Im Jahr 2024 waren außerplanmäßige Abschreibungen entsprechend § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB auf drei Aktientitel vorzunehmen.

Der Kurswert des Stiftungsvermögens liegt am 31.12.2024 bei 32,4 Mio. Euro.



Vermögen DSF zum 31.12.2024

Der Jahresabschluss 2024

Die Bilanz

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2024 beträgt 32,0 Mio. Euro. Sie ist gegenüber dem Vorjahr um ca. 2 Mio. Euro oder 6,7 Prozent gestiegen. Auf der Aktivseite erhöhte sich die Liquidität um fast 1,6 Mio. Euro. Die Zustiftung aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 2 Mio. Euro ging erst Ende Oktober ein und erhöhte daher zunächst die Liquidität, ein Teil konnte noch im Berichtsjahr in Wertpapieren angelegt werden.

Auf der Passivseite hat sich die Bilanzsumme durch zwei gegenläufige Effekte verändert: Der Erhöhung des Eigenkapitals (2,47 Mio. Euro) durch die Zustiftung und den Jahresgewinn steht die Verringerung der Verbindlichkeiten (-470 Tsd. Euro) gegenüber. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Einblick in den Stand der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2024.

	31.12.2024	31.12.2023
AKTIVA	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	28.599.212,25	28.183.762,82
I. Immaterielle Vermögensgegenstände: Lizenzen	2.568,60	3.621,74
II. Sachanlagen: Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.576,88	6.959,21
III. Finanzanlagen: Wertpapiere des Anlagevermögens	28.573.066,77	28.173.181,87
B. Umlaufvermögen	3.367.224,93	1.786.209,03
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	284.992,48	300.997,76
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.082.231,91	1.485.211,27
BILANZSUMME	31.966.436,64	29.969.971,85
Treuhandvermögen		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	252.278,98	245.505,68
	31.12.2024	31.12.2023
PASSIVA	EUR	EUR
A. Eigenkapital	29.661.402,75	27.193.887,56
I. Stiftungskapital	29.193.987,56	29.165.177,03
II. Jahresergebnis	467.415,19	-1.971.289,47
B. Rückstellungen	13.750,92	13.451,10
C. Verbindlichkeiten	2.291.282,97	2.762.633,19
1. Verbindlichkeiten aus Förderleistungen	2.202.374,52	2.594.989,20
2. Sonstige Verbindlichkeiten	88.908,45	167.643,99
BILANZSUMME	31.966.436,64	29.969.971,85
Treuhandverpflichtung		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	252.278,98	245.505,68

Tabelle 6: Bilanz 2024

Die Ertragslage

Den größten Einfluss auf die Ertragslage der Stiftung hatte im Jahr 2024 die positive Entwicklung auf dem Aktienmarkt, die von geopolitischen Ereignissen und Technologieentwicklungen determiniert war. Die Zinsen und Dividenden sind im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um ca. 154 Tsd. Euro auf 792 Tsd. Euro gestiegen. Der Verkauf von Rentenpapieren führte in diesem Jahr nur zu einem kleinen Verlust (36 Tsd. Euro), so dass die ordentlichen Erträge insgesamt um 673 Tsd. Euro anstiegen.

Umschichtungen bei den Aktieninvestments steuerten im Jahr 2024 einen nennenswerten Gewinn bei (523 Tsd. Euro). Die Aufwendungen aus der Vermögensbewirtschaftung fielen deutlich geringer aus (-178 Tsd. Euro), da weniger Wertberichtigungsbedarf bestand. Das Jahresergebnis beträgt 2024 467 Tsd. Euro (Vorjahr -1.971 Tsd. Euro).

	2024	2023
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	EUR	EUR
Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	1.279.571,58	121.823,09
Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	756.132,10	83.538,68
Finanzergebnis (Vermögensumschichtung)	523.439,48	38.284,41
Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	214.952,86	392.853,23
Entgelte der Dienstleister	120.866,11	111.602,02
Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens	78.320,60	267.809,76
Steuern vom Einkommen und Ertrag	15.766,15	13.441,45
Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	1.064.618,72	-271.030,14
Aufwendungen und Erträge aus Verwaltung	-305.856,79	-273.459,44
Personalaufwendungen	264.693,56	248.540,99
Sachaufwendungen unter Berücksichtigung eigener Erträge	41.163,23	24.918,45
Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszweckes	758.761,93	-544.489,58
Aufwendungen zur Erfüllung des Stiftungszweckes	710.651,12	1.679.520,81
Aufwendungen Projektförderung (Bewilligungen)	709.948,00	1.649.088,00
Wissenschaftliche Eigeninitiativen und Kooperationen	703,12	30.432,81
Erträge zur Erfüllung des Stiftungszweckes	419.304,38	252.720,92
Rückzahlungen Projektförderung	48.866,50	67.413,25
Förderung durch Dritte (BMBF)	366.192,82	179.649,50
Rückzahlungen Förderung durch Dritte (BMBF)	4.245,06	5.658,17
Summe Förderung netto	-291.346,74	-1.426.799,89
Jahresergebnis	467.415,19	-1.971.289,47

Tabelle 7: Gewinn- und Verlustrechnung 2024

Bestätigungsvermerk

Der Vorstand stellt den Jahresabschluss auf, der Stiftungsrat bestätigt diesen und entlastet den Vorstand. Nach § 14 (4) der Satzung ist der Abschluss durch einen Wirtschaftsprüfer zu prüfen.

Für die Jahresrechnung 2024 ist durch den Wirtschaftsprüfer Reinolf Schwandt, Osnabrück, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden. Der Wirtschaftsprüfer kommt hierin zu den folgenden Prüfungsurteilen:

PRÜFUNGSURTEIL

„Ich habe den Jahresabschluss der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), Osnabrück - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stiftung zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.“

(Aus dem Bestätigungsvermerk vom 28. Juli 2025 zitieren wir den Abschnitt Prüfungsurteil.)

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung mit Sitz in Osnabrück ist unter der Stiftungsnummer 16 (034) in das öffentliche Stiftungsverzeichnis des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems (Stand: 23.11.2023) als

rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts eingetragen.

Die DSF ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen.

Die Geschäftsstelle

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung hat ihren Sitz in der Friedensstadt Osnabrück. Das Büro der Geschäftsstelle befindet sich im historischen Steinwerk Ledenhof. Das Team der Geschäftsstelle besteht aus drei Mitarbeiter*innen.

Dr. Thomas Held | Geschäftsführer

Petra Menke | Buchhaltung/Controlling

Vermögensverwaltung/ Sachbearbeitung

Katharina Pohlmann | Sachbearbeitung mit

Schwerpunkt auf Office Management und

Kommunikation

Das Personaltableau der Geschäftsstelle umfasst zwei Vollzeit- und eine Teilzeitstelle (80%).

2024

Anzahl Mitarbeiter*innen

2,8

Die Ludwig Quidde-Stiftung

Die Satzung ermöglicht der DSF, rechtlich selbstständige und un-selbstständige Stiftungen in ihre Verwaltung zu übernehmen. Seit September 2011 befindet sich die Ludwig Quidde-Stiftung in der Verwaltung der DSF. Das Stiftungsvermögen wird als Sondervermögen geführt. Für die laufenden Geschäfte berief der Stiftungsrat einen eigenen Vorstand. Die Hauptaufgabe der Stiftung besteht in der Verleihung



Ludwig Quidde

des mit 5.000 Euro dotierten Ludwig Quidde-Preises. Mit dem Wissenschaftspreis soll eine Persönlichkeit für herausragende Forschungsleistungen im Sinne eines wissenschaftlichen Gesamtwerkes oder eines wegweisenden Forschungsansatzes im Feld der Friedens- und Konfliktforschung ausgezeichnet werden. Mehr Informationen zur Ludwig Quidde-Stiftung finden sich in ihrem Jahresbericht 2024.

© 2026 Deutsche Stiftung Friedensforschung

Gestaltung, Satz und Herstellung: KROOG Printservice GmbH und DSF

Alle Rechte vorbehalten.

Printed in Germany 2026

ISSN 2193-7923

Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Am Ledenhof 3-5
49074 Osnabrück
+49 541 60035-42
www.bundesstiftung-friedensforschung.de
info@bundesstiftung-friedensforschung.de